

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund  
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 19

Berlin, den 10. Mai 1930

5. Jahrgang

## Das Geld in der Wirtschaft.

Wenn auch England und Italien den Youngplan ratifiziert haben, wird die neue Reparationsbank, die W.B. (Bank für Internationale Zahlungen), eine große Anleihe von 1,2 Milliarden Reichsmark ausgeben. 400 Millionen Reichsmark sollen davon in Deutschland aufgebracht und dem Reich zur Verfügung gestellt werden. Die Aussichten für diese Anleihe sind durchaus günstig, da der Kapitalmarkt gegenwärtig eine große Flüssigkeit zeigt. Die allgemeine Weltwirtschaftskrise hat zu einem Bruchliegen großer Kapitalmengen geführt, die den Zinssatz drücken. Seit dem Oktober vorigen Jahres hat die Bundesbank der Vereinigten Staaten den Diskont von 6 auf 3½ Proz. gesenkt und die Deutsche Reichsbank von 7½ auf 5 Proz. Die Anleihe wird aller Voraussicht nach Erfolg haben. Es muß erwartet werden, daß die Mittel, die dem Reich daraus zufließen, zur Anfurberung der Wirtschaft benutzt werden, und dabei in erster Linie der Wohnungsbau gefördert wird.

Die riesigen Transaktionen auf dem Kapitalmarkt lassen es angebracht erscheinen, auch einmal die allgemeine Rolle des Geldes in der Wirtschaft zu betrachten.

Das Geld hat zunächst mit Ausbeutung und Ueberverteilung anderer nichts zu tun. Es ist ein notwendiger Bestandteil einer jeden Tauschwirtschaft und muß, allerdings in besser entwickelter Form, auch in jeder sozialistischen Wirtschaft verwendet werden. Die heutige Technik verlangt die Arbeitsteilung. Der einzelne stellt nicht die Waren her, die er unmittelbar für sich braucht, sondern er liefert große Mengen einer bestimmten Ware, für die er all die verschiedenartigen Güter eintauschen können muß, die er für seinen Bedarf nötig hat. Man braucht darum einen Maßstab für das Austauschen der Güter, und die wichtigste Aufgabe des Geldes ist eben die Erfüllung dieser Funktion. Als bloßes Tauschmittel kann Geld auch keinen Zins tragen. Es kann erst dann „Mehrwert heben“, wie Karl Marx sagt, wenn es zur Ausbeutung fremder Arbeitskraft benutzt wird. Das ist aber nur solange möglich, als sich die Produktionsmittel im Besitz von Privatpersonen befinden und jederzeit für Geld gekauft werden können. Wenn das Ziel der sozialistischen Bewegung, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, erreicht sein wird, dann wird auch das Geld aufhören, Mehrwert-hebendes Kapital zu sein, und zum bloßen Tauschmittel einer arbeitsteiligen Wirtschaft werden.

Will man die Rolle des Geldes in der heutigen Wirtschaft erkennen, dann muß man streng zwischen dem Geld als Tauschmittel, als Wertmesser und Zahlungsmittel und zwischen dem Kapital unterscheiden. In der Wirtschaftspraxis hat man dementsprechend zu trennen, zwischen reiner Währungspolitik, die das Geld als Wertmaßstab und Zahlungsmittel im Auge hat, und Kapitalmarktpolitik, die sich im wesentlichen mit der Lenkung des Kapitalstromes befaßt.

Nach dem Anschauungsunterricht, den uns die Inflationsjahre gegeben haben, wissen wir, was die Funktion des Geldes als Wertmesser bedeuten kann. Von jedem Maß muß man verlangen, daß es beständig ist. Ein Liter muß ein Liter, ein Meter muß ein Meter, und eine Mark sollte eigentlich eine Mark bleiben. Unsere heutige Mark gleicht aber einem Metermaß, das man endlos in die Länge ziehen kann und das unter Umständen auch mal einschrumpft. Eine Veränderung des Wertmaßes bedeutet die größten Eigentums- und Einkommensverschiebungen in der Wirtschaft. Die Schwerindustrie wußte sehr wohl, warum sie nichts gegen die Inflation unternahm. Auf dem Umweg über die Marktentwertung wurden weite Schichten des deutschen Volkes enteignet, andere, besonders die Arbeiterschaft, schwer geschädigt zugunsten des Staates und der Schwerindustrie.

Die Verteilung des Sozialproduktes ist heute gewiß ungerecht. Geldmänner machen diese Sache nicht anders. Im kapitalistischen Staat bedeuten sie immer Raubzüge auf die Taschen der breiten Masse, und der sozialistische Staat hat sie nicht nötig. Er wird andere Formen finden, die Verteilung gerecht und vernünftig zu gestalten. Wenn darum die Stabilität des Geldwertes verlangt wird, dann kann sich die Arbeiterschaft dieser Forderung unbedingt anschließen.

Die Rückkehr zur Goldwährung bedeutet zweifellos eine weitgehende Sicherung gegen große Geldwertschwankungen. In der Goldwährung haben wir auch praktisch eine internationale Einheitswährung denn der Dollar, das Pfund, der Franc, die Mark usw. sind ja je ein bestimmtes Gewicht in Gold. Trotzdem läßt die Stabilität des Goldwertes nicht im entsetzlichen der Stabilität etwa eines METERS vergleichbar. Verschiebungen in Nachfrage und Angebot führen ständig größere oder kleinere Verschiebungen des Wertes herbei. Eine außerordentlich gesteigerte Ausbeutung von Gold oder gar etwa die Erfindung der Herstellung künstlichen Goldes würde unser ganzes internationales Goldwährungssystem umwerfen. Eine Zeitlang befürchtete man in der Nachkriegszeit eine Goldinflation, also Ueberangebot an Gold. Bei der stark wachsenden Ausbeutung des bargeblöhen Zahlungsvorteils schien ein immer kleinerer Goldvorrat für alle Bedürfnisse der Zentralnotenbanken ausreichend. Gegenwärtig hat sich aber eher eine Verknappung an Gold eingestellt. Auf lange Zeit hinaus wird die Goldwährung die einzige Möglichkeit einer verhältnismäßigen Stabilität des Geldwertes sein. Früher oder später

werden aber große Wirtschaftsgebiete oder auch die ganze Weltwirtschaft zur Indegwährung übergehen, die unabhängig vom Golde ist. Die Indegwährung würde so reguliert werden, daß die Kaufkraft der Einheit im Durchschnitt gleichbleiben würde, daß man also für eine Mark immer die gleiche Menge Ware erhalten würde.

Von der Währungspolitik ziemlich unabhängig ist die Kapitalmarktpolitik. Ihre Aufgabe ist eine vernünftige Lenkung des Kapitalstromes. Die Wirtschaft erzeugt ständig Ueberschuß an Kapital, Mehrwert, der nach neuer Verwendung sucht. Das Kapital strömt nach dem Mechanismus des gegenwärtigen Profitsystems dahin, wo am meisten Zins gezahlt wird. Daß diese selbständige Bewegung des Kapitals vernünftig wäre und zu der früher einmal erwarteten ewigen Harmonie der Wirtschaft führen würde, wird heute selbst bei Unternehmern angezweifelt. Auf der Suche nach dem höchsten Profit strömt das Kapital mit Vorliebe zur Schwindelspekulation, zur Luxusindustrie, zur Nüchternindustrie u. a. Das Bau- und Wohnungsgewerbe wäre dagegen ohne awangswise Zuführung von Kapital nahezu brach gelegt worden. Auch die Landwirtschaft leidet stark unter Kapitalmangel und wird selbst nach ihrer dringenden notwendigen Rationalisierung noch keine Durchschnittsgewinne abwerfen. Soweit Eingriffe heute möglich sind, muß verlangt werden, daß das Neutkapital so angelegt wird, daß es nicht für einige Großspekulanten und Profitmacher, sondern daß es für die große Masse des Volkes den größten Nutzen bringt.

Es ist interessant, festzustellen, daß gerade in dem Augenblick, da die deutschen Arbeitgeber zu einem Generalangriff auf die Sozialversicherung starten, der Gedanke der Zwangsversicherung gegen die verschiedenen Gefahren der modernen kapitalistischen Produktion im Ausland auf dem Wege der Gesetzgebung neue Förderung und Ausbreitung erfährt.

Soeben wurde in Frankreich nach heftigen Kämpfen das seit zehn Jahren umstrittene Sozialversicherungsgezet verabschiedet. Dieses Gesetz bringt für etwa 8½ Millionen französischer Arbeiter den so notwendigen, von der Arbeiterbewegung geradezu geforderten Versicherungszwang. Das neue Gesetz umfaßt die Kranken-, Invaliden-, Alters- und Sterbegeldversicherung. Es hat somit den Vorteil einer einheitlichen Verwaltung der verschiedenen Versicherungszweige. Allerdings scheint die ursprünglich nach deutschem Muster vorgekehrte Selbstverwaltung nach den letzten Beschlüssen der Kammer wesentlich beschnitten worden zu sein. Im Entwurf sollten die Kassen privater Natur sein, allerdings unter der Kontrolle des Staates. Nach Annahme wichtiger Abänderungsanträge hat jedoch nunmehr das staatliche Zentralversicherungsamt die ausschließliche Verwaltung und Kontrolle der sozialen Versicherungen. Wer in den letzten Jahren den in Frankreich tosenden Kampf um die Kassenform verfolgt hat, insbesondere die Bemühungen der Arbeitgeber um die Schaffung von Arbeitgeber- und Betriebskassen, wird die neue Wendung in bezug auf die Form der Versicherungsträger sogar begrüßen. Die Macht der Gewerkschaften (die ja noch immer in hohem Maße unter der moskowitzischen Spaltung leiden) schien tatsächlich nicht auszureichen, der geplanten „Kasse der Arbeit“ die Bedeutung zu verschaffen, die wir ihr wünschten. Daher ist es besser, ein staatliches Zentralversicherungsamt zu haben, als eine Kassenform, bei der die Mitbestimmung der Arbeiter infolge der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Arbeitgeber illusorisch geworden wäre. Der Beitrag beträgt 10 Proz. des Lohnes und ist je zur Hälfte vom Arbeiter und vom Arbeitgeber zu tragen.

Alles in allem darf man sagen, daß die französische Sozialpolitik durch die endliche Annahme des Gesetzes (es wurde den Reichstag schon im Schicksal verprochen) einen entscheidenden Schritt nach vorwärts getan hat.

In Holland ist am 1. März d. J. ebenfalls ein neues Gesetz über die Zwangsversicherung in Kraft getreten, das für alle Lohnarbeiter mit einem jährlichen Einkommen von weniger als 3000 Gulden die Versicherungspflicht vorsieht. Das Gesetz schreibt im Krankheitsfall Barleistungen in Höhe von 80 Proz. des Verdienstes vor. Diese Barleistung wird jedoch davon abhängig gemacht, daß der Arbeitnehmer sich freiwillig bei der Sachleistungsversicherung versichert oder nachweist, daß er sich aus eigenen Mitteln ärztliche Hilfe verschaffen kann. Die Mittel werden je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht. Das Gesetz kennt zwei Kassenformen: Berufs- und Bezirkskrankenkassen. Die erstgenannten sind in der Regel Arbeitgeberkassen oder Gewerkschaftskassen. Sämtliche Kassen unterstehen der Kontrolle eines staatlichen Sonderausschusses.

Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes in 24 wichtigen Ländern heute eine Krankenversicherung besteht, und zwar in Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Bulgarien, Chile, Estland, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Schweiz, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Ungarn.

Angebot und Nachfrage von Kapital bestimmen die Höhe des Zinses. Nach der ungeheuren Kapitalvernichtung durch den Krieg stieg der Zinssatz auf das Zwei- bis Dreifache der Vorkriegshöhe an. Die dadurch entstehende Verteuerung der Produktion wurde selbstverständlich aus der Arbeiterschaft herausgeholt. Ein langsamer Abbau des Zinsniveaus hat aber schon begonnen. Bei der riesig gesteigerten Produktivität der Wirtschaft kann die Wiederherstellung normaler Zinssätze nur noch eine Frage weniger Jahre sein. Zu der im allgemeinen sinkenden Tendenz kommt aber eine Wellenbewegung der Zinssätze im Verlauf von Konjunktur und Krise. Während der aufsteigenden Konjunktur wird viel Kapital gebraucht; der Zins steigt und kann so hoch werden, daß er den weiteren Aufstieg bremst. Der Zusammenbruch der Konjunktur erfolgt allerdings aus anderen Gründen, nämlich aus dem Zurückbleiben des Verbrauchs hinter der Erzeugung. Die Krise bedeutet Bruchlegung von Produktionsmitteln. Ein großer Teil des Kapitals wird beschäftigungslos und erscheint nun auf dem Kapitalmarkt. Das Ueberangebot bei mangelnder Nachfrage führt zu einem Sinken der Zinssätze. Diese Verbilligung bedeutet eine Erleichterung der Produktion und darum eine erste Anregung für einen Wiederaufstieg der Wirtschaft.

Das Unternehmertum hat ein Interesse daran, die Vorgänge in der Wirtschaft zu verschleiern. Die bürgerliche Wissenschaft geht den Kernfragen vorzüglich aus dem Wege. Die Arbeiterschaft, die Klarheit über das System der Wirtschaft braucht, ist auch hier auf sich selbst angewiesen. G. S.

## Die Sozialversicherung marschiert.

Natüremäßig ist der Stand der Entwicklung in den einzelnen Ländern verschieden. Tatsächlich werden, je nach der Abgrenzung des Versicherungskreises in den einzelnen Gesetzen, 4 bis 28 Proz. der Gesamtbevölkerung, und 15 bis 91 Proz. der lohnbeziehenden Bevölkerung von der Versicherungspflicht erfasst. In etwa 12 Staaten ist die Krankenversicherung auch auf die Landwirtschaft ausgedehnt.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung besteht eine Hauptpflichtgesetzgebung in etwa 40 Ländern. Von den wichtigeren Industrieländern sind es vor allem einige Staaten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die noch keine gesetzliche Hauptpflicht des Arbeitgebers für Betriebsunfälle kennen. Eine Abdeckung des Unfallrisikos durch Zwangsversicherung besteht in Deutschland, Österreich, Australien (Südaustralien und Victoria), Bulgarien, Chile, Dänemark, Estland, Finnland, Italien, Kanada (6 Staaten), Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Ungarn.

Eine obligatorische Invalidenversicherung, zu der sich in der Regel auch eine Alters- und Hinterbliebenenversicherung gesellt, besteht in Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien (nur Invalidenversicherung), Bulgarien, Chile, Griechenland, Irland (nur Invalidenversicherung), Italien, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Schweden (nur Invalidenversicherung), Schweiz (nur Invalidenversicherung), Jugoslawien, Spanien, Tschechoslowakei.

Ein großer Teil dieser Sozialversicherungsgeetze ist erst nach dem Kriege geschaffen worden. Zweifellos hat das Wirken des Internationalen Arbeitsamtes einen starken Anteil an dieser raschen internationalen Entwicklung der Sozialversicherung.

So hat bereits die 3. Internationale Arbeitskonferenz (Genf 1921) ein internationales Uebereinkommen über die Entschädigung der Lohnarbeiter bei Arbeitsunfällen angenommen. Danach verpflichtet sich jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, seine Unfallgesetzgebung auch auf die Arbeitnehmer in der Landwirtschaft auszudehnen. Die 7. Internationale Arbeitskonferenz hat ein internationales Uebereinkommen über die Entschädigung von Betriebsunfällen, ferner ein internationales Uebereinkommen über die Entschädigung von Berufskrankheiten verabschiedet. Ein weiteres Uebereinkommen dieser Konferenz betrifft die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer in der Entschädigung von Betriebsunfällen.

Die 10. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz hat zwei sehr bedeutende internationale Uebereinkommen über die Krankenversicherung angenommen. Das eine betrifft die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Gewerbe und Handel, sowie der Hausgehilfen, das zweite regelt die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer. Diese beiden Uebereinkommen sehen die Versicherungspflicht aller abhängigen Arbeitnehmer vor, und gewähren Anspruch auf Krankengeld, ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei und Heilmitteln. Auch die Familienhilfe, wie sie in der deutschen Krankenversicherung besteht, ist als Versicherungsleistung vorgesehen. Die Versicherungsträger sollen auf dem Grundlag der Selbstverwaltung der Versicherten beruhen und unter der Kontrolle der staatlichen Organe stehen. Die Aufbringung der Mittel soll durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgen. Darüber

insgesamt ist jedoch die Gewährung von öffentlichen Mitteln angeregt.

Ueber den Stand der Durchführung (Ratifikation) dieser Übereinkommen unterrichtet nachstehende Uebersicht:

Übereinkommen:	Länder, die ratifiziert haben:
1. Entschädigung v. Arbeitsunfällen in der Landwirtschaft:	Deutschland, Bulgarien, Chile, Dänemark, Estland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Lettland, Lituauen, Norwegen, Niederlande, Polen, Schweden, Tschechoslowakei, Jugoslawien.
2. Entschädigung v. Betriebsunfällen (Gewerbe):	Belgien, Bulgarien, Kuba, Spanien, Ungarn, Lettland, Lituauen, Niederlande, Portugal, Schweden, Jugoslawien.
3. Entschädigung v. Berufskrankheiten:	Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Kuba, Finnland, Großbritannien, Ungarn, Indien, Irland, Japan, Lettland, Lituauen, Norwegen, Niederlande, Portugal, Schweden, Schweiz, Jugoslawien.
4. Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer in der Entschädigung bei Betriebsunfällen:	Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Kuba, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Ungarn, Indien, Italien, Japan, Lettland, Lituauen, Norwegen, Niederlande, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Süd-Afrika, Jugoslawien.

5. Frankfurterische Vereinbarung in Gewerbe, Handel und Verkehr: Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Estland, Lituauen, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Jugoslawien.

6. Frankfurterische Vereinbarung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer: Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei.

In zahlreichen Ländern liegen den Parlamenten zurzeit Gesetzentwürfe zur Ratifikation verschiedener dieser Übereinkommen vor, so daß in absehbarer Zeit mit einer weiteren internationalen Verbreitung der Sozialversicherung gerechnet werden kann.

Von Arbeitnehmerseite ist im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes schon wiederholt die Schaffung eines internationalen Übereinkommens über die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung angeregt worden. Zweifellos wird sich die Internationale Arbeitskonferenz in absehbarer Zeit mit dieser Frage befassen. Das Internationale Arbeitsamt hat schon eine Reihe von Vorarbeiten, insbesondere die Sammlung einschlägiger Unterlagen aus den verschiedenen Ländern, in Angriff genommen.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle zu zeigen, wie stark der Gedanke der Sozialversicherung sich auch in den Vereinigten Staaten auszubreiten beginnt, wo er bislang von den Arbeitnehmern, sowohl als auch von den Geschäftlichen abgelehnt worden ist. Auch dort ruft die wirtschaftliche Entwicklung mit ihrer Krisenhaftigkeit gebieterisch nach einer gesetzlichen Sicherung des Arbeiters gegen die verschiedenen Risiken der modernen Produktion.

### Arbeiterbank weiter im Aufstieg.

Trotz allem Vertrauen in die gute Sache hätte wohl niemand eine so gute Entwicklung der Arbeiterbank vorausgesehen. Eine solche Steigerung der Einlagen, eine solche Steigerung des Umsatzes und eine solche Steigerung des Vermögens vom 1924 bis 1929, das wäre selbst über dem Fortschritt des künftigen Jahrzehnts hinausgegangen. Und doch ist eine solche Entwicklung eingetreten. Nach dem in einer Zeit, wo selbst die Großbanken über die ungenügenden Vermögenszuflüsse zu klagen hatten. Das war bei der Gründung der Arbeiterbank über dem künftigen Fortschritt gedacht, so ist jetzt das Dachen verkommen, und reichlich bleibt man auf die junge Schwester in der Wallstraße, die vorläufig noch gar nicht davon denkt, mit dem gekündeten Aufstieg Schluss zu machen. So bedeutungsvoll auch die Macht der Großbanken im Wirtschaftsleben sein mag, die gebaltete Sparkraft der Arbeiter, Angehörigen und Beamten in Verbindung mit dem Geldern der Gewerkschaften, der Drogenvereine, der sonstigen Betriebe der Arbeiterchaft und der gemeinnützigen Institutionen sind doch ein Kraftzentrum, das zur Entschädigung zu bringen, die Arbeiterbank erfolgreich unternommen hat.

Vom Jahreswert aus dem Geschäftsbericht für folgendes (die Vorjahreswerte in Klammern): Aktienkapital 12 (12) Mill. Reichsmark, Reserven 1,7 (1,1) Mill. RM, Gesamtvermögen 163 (117) Mill. RM, gewährte Kredite 95 (62) Mill. RM, Wertpapiere 13 (12) Mill. RM, Kasse und Guthaben bei Banken 60 (52) Mill. RM, Gesamtvermögen 2787 (2036) Mill. RM. Soviel über die finanzielle Entwicklung. Die Gewinne und Verluste zeigen: Einnahmen 4,5 (2,8) Mill. RM, Aufkosten und Steuern 2,4 (1,8) Mill. RM, Reingewinn 2,1 (1,1) Mill. RM. Am Dividenden Abend wiederum 10 v. H. des Aktienkapitals mithin 1,2 Mill. RM ausgeschüttet. Aktionäre der Bank sind in der Hauptsache die Gewerkschaften.

Vorstehende Zahlen sprechen für sich selbst. Sie übertreffen diejenigen früherer Geschäftsjahre ganz wesentlich. Entscheidend ist die Zunahme der Spargelder, wenn auch eine Verlangsamung eingetreten ist. Die Filialen der Bank haben sich günstig entwickelt, einen besonderen Aufschwung nahm die Filiale Bochum. Die Beteiligungen der Arbeiterbank sind ebenfalls eine günstige Entwicklung. In Ermahnung ist vor allem die Hannoversche Bodenkreditbank in Südbesheim, die in wachsendem Maße Kredite erteilt und namentlich dem Kleinwohnungsbau finanzielle Hilfe gewähren konnte. Die kreditmäßig verwandten Gelder der Bank fanden folgende Verteilung: öffentlich-rechtliche Institution 55,60 Proz., Betriebe und Organisationen der Arbeiterchaft 30,33 Proz. und sonstige Kreditnehmer 4,07 Proz. Mit Hilfe der Zwischenkredite der Arbeiterbank wurden im vergangenen Jahre 10 117 Wohnungen gebaut. Die Kredite der Arbeiterbank fließen also entweder der öffentlichen Wirtschaft, den eigenen Institutionen der Arbeiterchaft oder dem Wohnungsbau zu. Schon allein diese Tatsache müßte die Hand- und Kopfarbeiter veranlassen, ihr Geld der Arbeiterbank zur Verfügung zu stellen.

Im allgemeinen Teil des Geschäftsberichts wendet sich die Arbeiterbank gegen den Wirtschaftspessimismus, der in verheerender Folge gereizt hat. Kritisiert wird ferner die ungewöhnliche Haltung der Verwaltungen für Auslandsankünfte. Die Stodung der Kapitalienführ hätte nicht so große Folgen angenommen, wenn die künstlichen Hemmungen nicht gewesen wären. Ueber das Problem Nationalisierung und Preisgestaltung wird im Geschäftsbericht u. a. folgendes ausgeführt: „Volkswirtschaftlich bedauerlich ist es, daß diese Nationalisierung sich keineswegs in einer entsprechenden Senkung der Preise ausgedrückt hat. Die Preisentwicklung zeigt vielmehr, daß lediglich dort, wo eine Durchorganisierung der Wirtschaftszweige nicht erfolgt ist, also vor allem in den Verbrauchsgüterindustrien, die Preise sich dem Konjunkturverlauf angepaßt haben, während bei den organisierten Wirtschaftszweigen die einer Gesamtregelung unterworfenen Preise dauernd im Aufstieg sind.“

Wie auch die Verhältnisse sich entwickeln mögen: die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. a. wird ihren Aufstieg auch in der Zukunft fortsetzen. Die Arbeiterbank hat sich in diesem Institut einen Machtfaktor von überragender Bedeutung geschaffen. Inmitten des wogenden Meeres der kapitalistischen Profitwirtschaft ist sie die ruhige Insel der Gemeinwirtschaft des arbeitenden Volkes. Neben der Finanzkraft und der Wirtschaftseligung der Konjunkturschwächen ist sie eine Großmacht ersten Ranges. Deshalb alle Gelder der Arbeiterbank!

### Bedeutung der Verkehrswirtschaft.

Wir leben im Zeitalter des Verkehrs. Die Verkehrswirtschaft nimmt deshalb in der Volkswirtschaft einen breiten Raum ein. Die „Frankfurter Zeitung“ hat ein Wirtschaftsbild herausgegeben, das dem Verkehr gewidmet ist. Das Verkehrsproblem wird in diesem Heft von allen Seiten beleuchtet. Von besonderer Bedeutung ist ein Artikel des bekannten Professors Julius Fricke. Dieser macht vor allem Angaben über die Wertung der deutschen Verkehrswirtschaft. Danach sind in den Anlagen und Betriebsmitteln 53 Milliarden Reichsmark investiert. Die Zahl der Arbeiter in der Verkehrswirtschaft beträgt 1 537 000. Die Zahl der Arbeitsstunden soll sich auf jährlich 3693 Millionen belaufen. Die Verkehrsunternehmen haben eine jährliche Betriebsaufnahme von 10 610 Millionen. Der Materialverbrauch beläuft sich auf 2775. Der Nettowert der Wirtschaftsleistung sämtlicher Verkehrszweige wird auf 7835 Millionen geschätzt. Der Gesamtwert der Arbeitsleistung wird von Prof. Fricke mit 2,12 RM angenommen. Das sind Ziffern, die die Leistung des Verkehrs sehr deutlich widerspiegeln. Jede siebenste Reichsmark, die Deutschland besitzt, dient dem Verkehr. Jeder zwanzigste Erwerbstätige ist im Verkehrswesen beschäftigt. Von Deutschlands jährlicher Wertschöpfung durch Arbeit entfällt ein Betrag von rund acht Milliarden Reichsmark auf Verkehr und Verkehrsmittel; nach der jetzt üblichen Rechnung ist das ein Neuntel unserer gesamten Wertschöpfung im Jahre. Rechnen wir die jährliche Kapitalanlage auf 12 Milliarden Reichsmark, so nimmt Deutschlands Verkehrsweisen nach Durchführung aller Erwerbsarbeiten für jedes Jahr ein Viertel des neuangelegten Kapitals in Deutschland auf und vom selbst neugeschaffenen Kapital noch einen wesentlich größeren Bruchteil. Anders ausgedrückt: Für jeden lebenden Deutschen sind in Verkehrsmitteln angelegt etwa 900 bis 1000 RM, werden für Verkehrsleistungen jährlich mindestens ausgegeben 150 bis 200 RM, und werden für Verkehrsmittel jedes Jahr neu angelegt 60 RM. Die Verkehrswirtschaft ist ständigen Veränderungen unterworfen. Kraftwagen und Luftschiffahrt konkurrieren gegen die Eisenbahn und angelehrt. Dasselbe ist der Fall zwischen Binnenschiffahrt und Eisenbahn. Immerhin ist die Verkehrswirtschaft der lebendigste Pulsschlag der Zeit.

### Schlechte Baukonjunktur.

Nach den an das Staatliche Reichsamt gerichteten 89 Entwürfen liegen die Anträge zum Bau von Wohnungen im 37 v. H. unter den Bauanträgen des entsprechenden Berichtsmonats von 1929. Die Zahl der Baugenehmigungen blieb gegenüber Februar 1929 bei den Wohnungen um 20 v. H. zurück. Die Baugenehmigungen für öffentliche und gewerbliche Bauten waren im März/Februar um 11 v. H. höher, als im Jahre zuvor. Im großen und ganzen zeigen diese Ziffern, daß die Baukonjunktur nach wie vor schlecht ist. Draußen stehen Arbeitslose nach Millionen belagert, und hier wird eine Schlüsselindustrie künstlich gedrosselt.

## Fort mit den Werkspensionskassen.

Die wirtschaftliche Unsicherheit, die sich für die Arbeitnehmer aus der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung ergibt, vergrößert sich mit dem Reichtum, in dem sie infolge Altersschwäche, Invalidität usw. nicht mehr in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu bestreiten.

Wenn sich auch der Staat dieser Staatsbürger durch die sozialpolitische Gesetzgebung — besonders in der Nachkriegszeit — in erhöhtem Maße annimmt, so lehrt uns die Erfahrung doch immer wieder, daß die verschiedenen Versicherungszweige — insbesondere die Invalidenversicherung — bei weitem nicht solche Unterstüßungen (Renten) zahlen, bei denen die Versicherten ihren Lebensabend frei von wirtschaftlichen Sorgen beschließen können.

Das Unternehmertum, das die ganze sozialpolitische Gesetzgebung seit ihrem Bestehen aus ichrzigste bekämpft, versteht es vorzüglich, die wirtschaftliche Unsicherheit der Arbeitnehmer im Interesse des Geldbols auszunutzen.

Durch die sogenannten Werkspensionskassen wollen sie angehenden in den alten abgearbeiteten Arbeitnehmern zu einem sorgenfreien Lebensabend verhelfen. Arbeiter, die eine bestimmte Anzahl von Jahren in dem betreffenden Betriebe tätig sind und nicht mehr arbeiten können, sollen aus der Werkspensionskasse laufend unterstützt werden.

Nur der naive Arbeiter kann sich in dem Glauben wiegen, daß die Unternehmer mit den Pensionskassen nur diesen einen Zweck verfolgen.

Tatsache ist doch, daß es den Unternehmern nicht einfällt, für die Arbeitnehmer einen Vorrat auszugeben, wenn er nicht mehr die Frucht trägt. So ist es auch mit der Errichtung von Werkspensionskassen.

Erst wenn der Arbeiter eine bestimmte Anzahl von Jahren im Betriebe tätig gewesen ist und nicht mehr arbeiten kann, soll ihm die Pension gezahlt werden. Daraus ergibt sich, daß jeder Arbeitnehmer des mit einer Pensionskasse versehenen Betriebs das Bestreben haben wird, sich seine Arbeitsstelle recht lange zu erhalten. Dieses Bestreben wäre an und für sich nicht zu beanstanden und für den betreffenden Arbeitnehmer nicht nachteilig. In der Regel liegen die Dinge aber so, daß der Arbeiter, der in diesem Betriebe eine lange Beschäftigungszeit erreichen will, dies nur unter Duldung unzähliger Benachteiligungen und Erniedrigungen schafft.

Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß dieser Arbeiter recht oft vernachlässigt wird, seine sonstigen Rechtsansprüche dem Arbeitgeber gegenüber mit der erforderlichen Energie zu vertreten. Denn mit dem Tage der Entlassung endet auch die Mitgliedschaft bei der Werkspensionskasse.

Die Unternehmer wollen durch die Werkspensionskassen billige und willige Lohnsklaven schaffen.

Nach § 66 Ziff. 9 RWG hat die Betriebsvertretung an der Verwaltung der Pensionskassen mitzuwirken. Hier entsteht für die Betriebsvertretungen eine unangenehme Aufgabe. Wenn sie schon die Errichtung bzw. das Weiterbestehen solcher Pensionskassen nicht verhindern können, dann sollen sie sich gestützt auf Ziff. 9 des § 66 RWG an der Verwaltung derselben ausschlaggebend beteiligen.

Hier kommt es vor allem darauf an, daß das Geld der Pensionskasse sicher angelegt und nicht im Interesse des Betriebs veruntwaltet wird.

So hat z. B. der Inhaber einer Firma in E. gelegentlich einer Geschäftsreise durch zur Verfügungstellung eines größeren Betrags eine Pensionskasse eingerichtet. In der Zeit der Inflation geriet die Firma in Geldschwierigkeiten und griff nun häufig in den Sack der Pensionskasse, bis zuletzt nichts mehr darin war. Als völlige Zahlungsunfähigkeit eintrat und die Firma des Inhabers wechselte, übernahm der Rechtsnachfolger keine Verantwortung aus der ehemaligen Pensionskasse.

Früher entlassener und arbeitsunfähiger Arbeiter, die 20 und mehr Jahre in dem Betriebe tätig gewesen waren, konnten nicht berücksichtigt werden, weil kein Geld vorhanden war. Ja, sie konnten gegen die Firma nicht einmal gerichtliche Vorgehen, denn die Statuten der betreffenden Pensionskasse enthielt eine Bestimmung, wonach für die Arbeitnehmer ein Rechtsanspruch von heute nicht besteht.

Die Bestimmung der jährlichen Zahlung der Pensionskasse ist die Hoffnung der ausgemerkelten Arbeitnehmer zu vertritt. Sie haben in diesem Falle in der Hoffnung auf eine spätere Pension ausgiebige Ersparnisse des Arbeiters aufzubringen. Hierfür haben sie auch in derselben Hoffnung auf so manche Lohnkürzung verzichtet.

Das Reichsversicherungsamt hat in bezug auf den Rechtsanspruch der Ruhegehälter in einem Urteil vom 19. Mai 1929 (RWG 6/1929) — verantwortlich in der „Arbeitsrechts-Praxis“ (Seite 51) in den Entscheidungsgründen, daß ein Anspruch auf Ruhegehälter nicht geltend gemacht werden kann, wenn die Bestimmungen über die Gewährung von Ruhegehältern ausdrücklich den Rechtsanspruch ausschließen.

Dieses Urteil muß jeder Betriebsvertretung Veranlassung geben, die Statuten der Pensionskassen besonders nach dieser Richtung hin sorgfältig zu prüfen und gegebenenfalls für die Bestimmung solcher Bestimmungen zu sorgen.

In der Regel werden die Fonds der Werkspensionskassen durch Beiträge der Arbeiter und Arbeitnehmer gespeist.

Jedem in dem fraglichen Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer werden die Beiträge der Pensionskasse, te durch die Zahlung festgesetzte Beträge für die Pensionskasse, in Abzug gebracht.

In der Arbeitsordnung wird in solchen Fällen schon bestimmt, daß jeder Arbeitnehmer mit dem Tage des Eintritts der Beschäftigung zwangslos Mitglied der Pensionskasse wird. Diese Bestimmung wirkt sich gerade in der jetzigen wirtschaftlich unsicheren Zeit für die Arbeiterchaft höchst ungünstig aus.

In einem Streit, in dem ein Arbeiter, der ebenfalls zwangslos Mitglied der Pensionskasse eines Betriebs wurde, und gelegentlich seiner Entlassung nach einer neunmonatigen Beschäftigungszeit die eingezahlten Beiträge zurück verlangte, hat das Reichsversicherungsamt die Klage des Arbeiters durch Urteil vom 23. November 1929 — RWG 238/1929 — abgewiesen.

In den Entscheidungsgründen führt das RWG u. a. folgendes an:

Da nicht erhellt, daß es sich bei der Ueberweisung des Klägers um Notstandsarbeiten gehandelt hat, vielmehr aus dem mitgeteilten Sachverhalt folgt, daß der Kläger zu tariflichen Löhnen beschäftigt werden sollte (§§ 12, 10 RWG), ist davon auszugehen, daß die Entlohnung des Klägers nach dem Tarifvertrage der sachlichen Metallindustrie erfolgen mußte. Der Kläger hat aber durch die Unterdrückung unter der Arbeitsordnung sich damit einverstanden erklärt, daß er Mitglied der Arbeiterpensionskasse wurde. Diese Arbeitsordnung beruht auf einer Betriebsvereinbarung, die als solche nicht die Bestimmungen des Tarifvertrags beeinträchtigen kann. Über nach dem Tarifvertrag können günstigere Einzelbestimmungen, als sie der Tarifvertrag vorsieht, im Einzelfalle abweichend von der tariflichen Regelung vereinbart werden. Es war also zu prüfen, ob der Kläger dadurch, daß er Mitglied der Arbeiterpensionskasse und damit zu Beitragsleistungen für dieselbe verpflichtet wurde, schlechter gestellt gewesen ist, als wenn er den tariflichen Lohn bekommen hätte. Das hat das Reichsversicherungsamt angenommen und seine Ansicht im wesentlichen damit begründet, daß die Bestimmungen des § 4 der Satzungen über den entgeltlosen Verlust der Mitgliedschaft des Arbeitnehmers im Falle seines Ausscheidens aus dem Arbeitsverhältnis bei einer Vertragszeit von weniger als drei Jahren eine außerordentliche Härte für den Arbeitnehmer sei, wie sie sich in den Satzungen vieler anderer dergleichen Art nicht finde. Es verweist in der Beziehung auf die günstigeren Bedingungen der Satzung der Reichsbahnarbeiterpensionskasse III und weiter führt es an, daß die Kruppische Pensionskasse nicht wie die Pensionskasse der Flugzeugwerke 2) von dem Werk nur die Hälfte der von den Mitgliedern aufzubringenden Beiträge, sondern Beiträge in gleicher Höhe erhalte. Auch weiter werden Vergleiche angestellt mit anderen Pensionskassen.

Die Einrichtung der Pensionskasse der Beklagten mit der Beitragspflicht der Arbeitnehmer erweist sich vielmehr auch im vorliegenden Falle sowohl aus dem hier maßgeblichen Urteil im Betrach kommenden Gesamtinteresse der Arbeiterchaft (Urteil des Reichsgerichts in JW 1927 S. 242) als auch vom wohlverstandenen Interesse des einzelnen Arbeiters aus bei richtiger und verständiger Würdigung der Sachlage als vorteilhafter. Nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge darf jeder Arbeiter der Beklagten damit rechnen, bei oben gedachten Vorteilen der Kasse Anspruch auf Invaliden- und Witwenpension und der weiteren Vorteile der Satzungen teilhaftig zu werden, und er wird sich daher gerne dem in der Beitragspflicht liegenden Spargang mit der Aussicht auf jene Vorteile unterziehen. Doch im Einzelfalle für einen Arbeitnehmer die Voraussetzungen für die Vorteile der Pensionskasse sich dadurch nicht erfüllen, daß er vor vollendeter fünfjähriger Beitragszeit stirbt oder vorzeitig ausscheidet, steht der Arbeiter nach dem bei der Beklagten getroffene Regelung günstiger als bei tariflicher Regelung, nicht entgegen. Denn die Auswirkungen der getroffenen Regelung, die unvernünftig sind, aber doch hinsichtlich des erstrebten und hier geltend gemachten Zweckes der Dinge eintretenden Vorteils unbedeutend sind. Im allgemeinen wird das Interesse der Pensionskasse darauf gerichtet sein, sich die eingearbeiteten Leute zu erhalten und also nicht durch Kündigungen die Anwartschaften der Arbeitnehmer auf die Leistungen aus der Pensionskasse zum Erlöschen zu bringen.

Der Arbeiter des zur Debatte stehenden Streits wurde dem betreffenden Betriebe durch das Arbeitsamt zugewiesen. Er durfte die Arbeit nicht verweigern, denn sonst wäre er der Arbeitslosenunterstützung auf 4 Wochen verlustig gegenüber.

Nach der anderen Auffassung nach unbilligen Ansicht des RWG, müßte er sich auch die Beiträge zur Pensionskasse abziehen lassen, obwohl ihm keine Garantie für längere Beschäftigung seitens des Unternehmers gegeben wurde.

Durch eine Reihe von solchen Fällen könnten die Beispiele beliebig vermehrt werden.

Aus all diesen Fällen geht immer wieder klar hervor, daß die Arbeiterchaft an dem Ent- oder Weiterbestehen der Pensionskassen nicht des geringsten Interesses hat. Die Arbeiterchaft muß ihnen vielmehr den Kampf ansetzen und fordern, daß die einzelnen Zweige der Sozialversicherung so ausgebaut werden, daß sie in der Lage sind, die abgearbeiteten Arbeiter in geeigneten Fällen vor wirtschaftlicher Not zu schützen.



### Allgemeinverbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister hat den Lohnarbeitsvertrag für die Thüringische Weichholglasindustrie, der am 1. Mai 1929 zwischen dem Keramischen Bund, Abt. des Fabrikarbeiterverbandes Gau Thüringen und dem Schutzverband Deutscher Glasfabriken Gruppe V Thüringen in Ilmenau abgeschlossen worden war, für allgemeinverbindlich erklärt.

Die allgemeine Verbindlichkeit wirkt vom 1. April 1930. Durch die allgemeine Verbindlichkeit sind nunmehr auch die Außenleiter unter den Unternehmern verpflichtet, die Tariflöhne zu zahlen. Vornehmlich trifft das auf die Firma Wiegand & Bulle in Ilmenau zu, die ihren zahlreichen Filialbetrieben zu.

### Verschmelzung der Glas- und Chemiarbeiter in Oesterreich.

Der Verband der Glasarbeiter Oesterreichs, dessen Mitgliederzahl 200 beträgt, und die durch die Verschmelzung des alten Oesterreich stark gestiegen hat, war seit dem letzten Verbandstag mit dem Gedanken beschäftigt, sich einer stärkeren und leistungsfähigeren Organisation anzuschließen.

Der Verband der Glasarbeiter Oesterreichs trat mit dem Bund der Freien Gewerkschaften Oesterreichs in Verbindung, der zugleich sich mit dem Verbande der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Oesterreichs in Verbindung setzte und gemeinsame Verhandlungen einleitete.

Der am 27. April 1930 in Wien, Arbeiterheim Favoriten, stattfindende V. Außerordentliche Verbandstag der Glasarbeiter Oesterreichs beschloß, daß die Verschmelzung mit dem Verbande der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Oesterreichs, auf Grund der im Gedächtnisprotokoll vom 12. Februar 1930 festgelegten Voraussetzungen, mit dem 1. Juli 1930 durchgeführt wird.

Ueber den Verbandstag selbst lassen wir den nachstehenden Bericht folgen:

Der Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes, Kollege Robert Pipelka, eröffnete den Verbandstag mit überaus herzlichen Worten. Darauf trug der Gesangsverein der Glasarbeiter von Floridsdorf das Liedchen von Seyfried vor. Als Gäste waren auf dem Verbandstag anwesend: Der Verbandsvorstand des Verbandes der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Oesterreichs; für den Fabrikarbeiterverband Deutschlands, den Keramischen Bund und die Glasarbeiter-Internationale, Kollege G. v. Berg; aus Holland die Kollegen van Leeuwen und van Berg; aus der Tischschlosserei die Kollegen Neumann, Lannwald und Strauß; Teplitz.

Kollege Pipelka gab einleitend seinen Rechenschaftsbericht und wies auf den Verlauf des letzten Gewerkschaftskongresses hin, nach dem die Gewerkschaften beauftragt wurden, starke Industriearbeitsorganisationen zu schaffen.

ander. Aus dieser Tatsache heraus kam der Gedanke der Verschmelzung. — Im Jahre 1923 waren nur 2200 Glasarbeiter in Oesterreich beschäftigt. Alle übrigen Glasarbeiter waren zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Die Industriellen gingen konzentriert gegen die Organisation der Arbeiter vor, und der Kurs der Unternehmung nahm nach der Inflation besonders harte Formen an.

Pipelka ging dann ausführlich auf die Verschmelzungsfrage ein und sagte: Mögen wir uns zu diesem Beschluß auch nur schweren Herzens durchringen, weil die Preisgabe unseres eigenen, uns im Laufe vieler Jahre durch ein langes Zusammenleben in Not und Kampf liebgewordenen Verbandes bedeuten, so wissen wir doch, daß es das höhere Interesse aller Glasarbeiter, und darüber hinaus der ganzen Arbeiterschaft erfordert, die Verschmelzung zu mächtigen Industriegruppenorganisationen durchzuführen, und wir werden daher als klassenbewusste Arbeiter einmütig für die Verschmelzung stimmen.

Wenn wir als Glasarbeiter damit zu rechnen haben, daß wir unseren selbständigen Verband aufgeben und uns in eine große Kampfgemeinschaft einreihen, wo es von unserem alten, uns allen liebgewordenen Verband Abschied nehmen heißt, sämtlichen Genossen und Genossinnen für die Treue, die sie unserem Verbande die ganze Zeit seines Bestandes gehalten haben, aus tiefstem Herzen danken.

Diese Mitarbeit ist alle Zeit in angenehmster und freundschaftlichster Weise mit den Angestellten der Zentrale geleistet worden und trug sehr viel dazu bei, daß sich zwischen der Mitgliedschaft, den Funktionären und den Angestellten ein Verhältnis entwickelte, welches mehr einer einzigen großen Familie gleich, um die sich ein Band voll inniger und brüderlicher Solidarität geschlossen hat.

Die kurze, sehr sachliche Diskussion brachte zum Ausdruck, daß alle Diskussionsredner sich auf den Boden der Verschmelzung stellten, und führte zu dem bereits eingangs erwähnten Beschluß der Verschmelzung mit dem Verbande der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Oesterreichs.

Auf dem Verbandstag waren anwesend 48 Delegierte, die 3300 Glasarbeiter Oesterreichs vertraten, außerdem 6 Vorsitzensvertreter. Die ausländischen Vertreter sprachen eingangs

ihren Dank für die Einladung aus, und unser Kollege G. v. Berg, der die Grüße der Internationale, des Hauptverbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und des Keramischen Bundes überbrachte, wies darauf hin, welche Vorteile die Glasarbeiter Deutschlands durch den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband gewonnen haben.

Nachdem der Beschluß gefaßt war, gab der Kollege Belograditsch als Kassierer des Verbandes der Glasarbeiter Oesterreichs den Kassenbericht. Der Verbandstag sprach den beiden Funktionären, dem Kollegen Pipelka als Vorsitzenden, und dem Kassierer Belograditsch, für ihre aufopfernde Tätigkeit Dank und Anerkennung aus.

So treten denn am 1. Juli 1930 die 3300 organisierten Glasarbeiter Oesterreichs in den Verband der chemischen Industrie Oesterreichs mit seinen 35 000 Mitgliedern ein. Wir wollen hoffen, daß die Glasarbeiter Oesterreichs diesen Schritt nicht bedauern, und daß sie in der neuen Organisation ein starkes Schutz- und Trutzbündnis finden.

### Unwahrheiten der „A.-Z.“

In der Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. März 1930 erschien in auffälliger Aufmachung eine Antündigung: „Wer ist der Bezirkssekretär der freien Gewerkschaften?“ Die Antwort kam in der Nummer vom 1. April in Form eines Gerichtsberichtes. Danach sollen zwei Arbeiter der Kristallglasfabrik Wabgassen durch mein Verhalten ins Gefängnis gewandert sein.

Ich lasse hier den wahren Sachverhalt in der Form einer Darstellung des Hauptbeteiligten selbst folgen: Es ist der Tatsache zuwiderlaufend und un wahr, daß meine Verurteilung zu 6 Monaten Gefängnis durch Verrat oder auch nur durch Zutun des Bezirkssekretärs Dobisch erfolgt ist.

Wichtig ist, daß die Firma mich sehr viel später, nachdem die Angelegenheit ohne jede Folge für mich durch Dobisch erledigt und fast vergessen war, die Anzeige erstattete. Im Verlauf des Prozesses wurde er selbst mit einem Monat bestraft. Dabei haben wir Bewährungsfrist erhalten. Wahr ist, daß Dobisch die Angelegenheit mit der Betriebsleitung beigelegt hatte, aber der nunmehr mitbehaftete Firmenich aus persönlicher Rache gegen mich monatelang nach dem Vortell die Anzeige an die Polizei machte, so daß es erst dadurch zur Einleitung des Gerichtsverfahrens kam.

Nur wer die Vorgänge, die heute über zwei Jahre zurückliegen, kennt, ist zu einem Urteil fähig und berechtigt. Firmenich, der die feinerzeitigen Vorgänge genau kannte, hatte schon damals die Absicht, mich der Polizei anzuzeigen. Von diesem Vorhaben machte er seinem Verbandsvorsitzenden Dobisch Mitteilung. So war dieser in die heikle Lage verwickelt, entweder ruhig zuzusehen und die Anzeige erfolgen zu lassen, oder eine andere Lösung zu suchen, weil sich Firmenich von seinem Vorhaben trotz vielen Zuredens nicht abbringen ließ.

Das es in der Folgezeit trotzdem nicht möglich war, Firmenich von der Anzeige, die ihm nun selbst die Bestrafung mit einem Monat brachte, abzubringen, ist sicher nicht die Schuld des Bezirkssekretärs Dobisch. Dem Kläger wurde die mir grabenartige Grube zum eigenen Verhängnis.

Wabgassen, den 8. April 1930. Lorenz Franz. Bezüglich der Richtigkeit obiger Ausführungen verbürgen sich für die freierorganisierte Arbeiterschaft der Kristallfabrik Wabgassen:

Jakob Dardl. Alois Steuer. Was bleibt nun noch zu sagen? Vielleicht der Wunsch der Kollegen der Wabgasser Fabrik, daß die „Arbeiter-Zeitung“ im Interesse der Arbeiterschaft diese Erklärung auch in ihren Spalten aufnimmt.

Sonst könnte man zu den ganzen Ausführungen nur sagen: „Niedriger hängen.“ Dobisch, Bezirkssekretär.

### Ibbenbüren (Weiß).

Die Kollegen der Ibbenbürener Glasfabrik Josef Köster sind seit dem 25. Februar d. J. arbeitslos, da der Betrieb wegen Ofenreparatur und annehmlich vorhandenem Auftragsmangel stillgelegt wurde. Die Firma beabsichtigt, den Betrieb wieder aufzunehmen, es wird den Kollegen jedoch zugemutet, unter schlechteren Lohnbedingungen zu arbeiten.



### Reichstarifvertrag für die Deutsche Feinkeramische Industrie wieder in Kraft.

Der Schiedspruch vom 31. März für den Abschluß eines neuen Reichsmanteltarifvertrages für die Deutsche Feinkeramische Industrie, den die Arbeitnehmerseite angenommen hatte und dessen Verbindlichkeit von uns beim RNM beantragt war, ist in seiner ursprünglichen Form nicht Vertrag geworden.

Die Arbeitgeber haben sich beim RNM dafür eingesetzt, daß dieser Spruch nicht Vertrag wird. Bis zuletzt haben die Unternehmer auf das RNM eingewirkt, daß die Bestimmungen über die B. dung der Stückpreise einer Aenderung unterliegen würden. Einmal wollten die Arbeitgeber, daß die unter 25jährigen andere Akkordarbeiten bekommen sollten als die über 25jährigen, und das andere Mal wollten sie überhaupt die Bestimmungen in ihrer heutigen Form geändert wissen.

Wenn wir Ausschlag auf die Stückpreise forderten, so sagten sie, das könnten sie bei den vielen Tausenden von Artikeln nicht machen. Sie könnten nicht jeden Preis ändern, das mache in den Lohnbüros zuviel Arbeit, wir sollten uns mit Effektivanschlägen begnügen. Heute wollen sie von Effektivanschlägen nichts mehr wissen. Ihr eigenes Erzeugnis verleugnen und verdammten sie.

Das Reichsarbeitsministerium hat es nicht über's Herz gebracht, den mit so viel Mühe, Intensität und Zeitaufwand gefällten Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Macht sich hier etwa schon ein neuer Kurs im Ministerium bemerkbar? Ein von den Arbeitgebern gewünschter Schlichter, der vom RNM beauftragt wird, fällt mit Mehrheit einen Spruch, und dieser wird nicht für verbindlich erklärt. Ist das auch noch zu verstehen? Voriges Jahr war es umgekehrt: die Arbeitgeber haben den Spruch angenommen und sie haben auch seine Verbindlichkeit beantragt, und es hat gar nicht lange gedauert, da wurde diese gegen die Arbeiter ausgesprochen.

beantragt, und nur zweimal die Verbindlichkeit erhalten. Dreimal haben beide Parteien angenommen, einmal kam eine Vereinbarung zustande, und bei zwei Verträgen ist es nicht mehr festzustellen. Wo liegt nun hier die Vertragschuld des Ministeriums — bei den Arbeitern oder bei den Arbeitgebern?

Das RNM hat sich bis zuletzt geweigert, den Spruch für verbindlich zu erklären, weil die Parteien ja gar nicht weit auseinander seien, weil man den Parteien zumuten könne, daß sie sich selbst ohne Zwang einigen und weil das Ministerium vom Aussprechen der Verbindlichkeit so wenig wie möglich Gebrauch machen dürfe. Bei der Hartnäckigkeit der Unternehmer ist es ein schwacher Trost für die Arbeiter, wenn das RNM sich so einstellt. Da werden sich die Arbeiter eben selbst wieder helfen müssen.

Wegen der Verbindlichkeit wurden recht viele Verhandlungen und Besprechungen im RNM gepflogen. Alle unsere Gründe und Wünsche konnten das RNM nicht bewegen, die Verbindlichkeit auszusprechen. Die vielen Bemühungen der Herren vom RNM, die Arbeitgeber zur Aufgabe ihres Widerstandes zu bewegen, scheiterten ebenfalls. Das wußten wir im Voraus, weil wir unsere Arbeitgeber kennen. Zuletzt bemühte sich das RNM, einen Vergleich herbeizuführen. Nach mehrmaligen Versuchen ist dieses gesungen; dabei haben die Arbeitgeber wieder einen ihrer fundamentalsten Grundzüge aufgegeben. Der Schiedspruch wurde bis Ende September dieses Jahres, also für sechs Monate, zum Vertrag erklärt. Der Schiedspruch war für die Dauer von zwei Jahren vorgesehen. Bei den Verhandlungen hatten die

Unternehmer 2 1/2 Jahre, und wir 1 Jahr gewünscht. Und nun nehmen die Unternehmer einen kurzfristigen Vertrag an; das nennt man Konstant. Der Mantelvertrag soll mit dem Lohn ablaufen, gleichgültig, ob im September oder später. Die Bestimmung, daß es Gültigkeitsnachlässe geben kann, wurde gestrichen. Diese Bestimmung konnte an sich doch erst in Wirksamkeit treten, wenn ein neues Lohnabkommen abgeschlossen wird. Wir haben uns jetzt mit der Streichung, die die Unternehmer forderten, nicht vergoben. Zu gegebener Zeit bringen wir diese Forderung, weil sie eine Selbstverständlichkeit für die Arbeiter ist, doch wieder. Bei den nächsten Verhandlungen, die nun über Lohn- und Mantelvertrag stattfinden müssen — ganz gleichgültig wann —, sollen drei unparteiische Schlichter im Schiedsgericht sitzen. Auch das kann uns nur recht sein; übrigens haben wir dieses vor Jahren schon einmal gehabt. Daß wir vor Ablauf eines Vertrages oder Schiedsverfahrens keine Kampfmaßnahmen ergreifen können, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Arbeiterschaft hat schon dazumal den Beweis ihrer Tarif-treue gebracht.

Nachstehend lassen wir den Vergleich, der nun den Abschluß der Verhandlungen und den Abschluß eines neuen Mantelvertrages für die Deutsche Feinkeramische Industrie bildet, im Wortlaut folgen:

Berlin, den 3. Mai 1930.

**Vergleich.**

In dem Tarifstreit zwischen dem Arbeitgeberverband der Deutschen Feinkeramischen Industrie und dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, dem Berufsverband Deutscher Keramarbeiter, dem Gewerkschaftsverband der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (G.F.), im Verband der Deutschen Gewerkschaften (G.D.).

**Krisenunterstützung für Porzellanarbeiter.**

Den unausgesetzten Bemühungen unseres Verbandes und im besonderen der Gauleitung in Marktredwitz ist es gelungen, für unsere Kollegen in der Porzellanindustrie Oberfrankens und der Oberpfalz die Zulassung zur Krisenunterstützung herbeizuführen. Entsprechend den im vergangenen Herbst abgeänderten Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung ist allerdings die Zulassung auf Arbeitslose unter 21 Jahren nicht ausgedehnt worden.

Wir geben unseren Kollegen zunächst die Aufzählung des Präsidenten vom Landesarbeitsamt Bayern an die Arbeitsämter nachfolgend bekannt:

Auf Grund der in Nummer 1, 2. Abs. B des Erlasses des Herrn Reichsarbeitsministers vom 29. Juni 1929 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 150) erteilten Ermächtigung lasse ich:

Mit Wirkung vom 14. April 1930 ab die Facharbeiter (männlich) der Porzellanindustrie (inschließlich in der Berufsgruppe 4b der Arbeitsmarktstatistik) in den Arbeitsamtsbezirken Hof, Marktredwitz, Weiden, Amberg, Bayreuth und Bamberg zur Krisenunterstützung zu. Die Zulassung erstreckt sich, wie auch bei anderen Berufsgruppen, nicht auf Arbeitslose unter 21 Jahren.

gez.: Kerichensteiner.

Außerdem sind zur Erleichterung der Anordnung des Präsidenten vom Landesarbeitsamt Bayern an die Arbeitsämter noch weitere Richtlinien gegeben worden. In diesen Richtlinien wird die Feststellung gemacht, wer Facharbeiter und daher Krisenunterstützungsberechtigt ist. Diese Berufszulassung ist natürlich nicht bindend. Es muß die Aufgabe der Spruchinstanzen sein, die Feststellung zu treffen ob außer den angeführten Sparten noch anderen die Facharbeitereigenschaft zukommt. Wir geben unseren Kollegen auch diese Ausführungen in folgendem bekannt:

Als Facharbeiter gelten jene Arbeiter, die eine vereinbarte oder herkömmliche Lehrzeit in ihrem Fach durchgemacht haben und in diesem Jahre arbeiten. Die Lehrzeit wird bei den verantwortlichen Dienstherrn durch eine ununterbrochene dreijährige Tätigkeit als Brenner ersetzt.

Für die Krisenunterstützung kommen unter dieser Voraussetzung in Betracht aus der Geschirrs- und elektrotechnischen Porzellanindustrie:

1. Ein- und Nebenturner,
2. Dreher,
3. Geher, soweit sie gelernte Dreher oder gelernte Turner sind,

**Mit Schimpf und Schande davongejagt.**

Der Streik in Creidlich ist noch nicht beendet. Die Firma hat jedoch eine „Streikerückführung“ erlebt wie selten. Der Hauptangeklagte an dem Streik, Johannes Flehmig aus Weiden, ist von der Gewerkschaft entlarvt worden. Trotzdem dieser Mensch bisquit nicht von Gids unterscheiden kann, hat er doch in der Porzellanindustrie eine Rolle gespielt, allerdings eine recht traurige. In Schwarzenberg bei Weiden hat er seine sogenannte Direktorstelle dazu benutzt, den Betrieb um 17.000 RM zu erkradieren. Die Porzellanfabrik Scheibe hat ihn als Reichenden angenommen. Die Firma ist durch fingierte Anträge schwer geschädigt. Er fuhr überall in „geborgten eigenen“ Wagen vor. In Bayreuth soll Flehmig die Firma Wilhelm Alt ebenfalls schwer betrogen haben. In allen Fällen ist bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. In Creidlich wurde Flehmig von einem Schiedsrichter entlarvt. Er hat es dort verstanden, sich als „Diplomingenieur“ einzuführen, um Betriebsleiter zu werden. Schon nach einigen Tagen wurde ihm Prokurat erteilt. Erinnert man sich an die als chemischen Materialverwalter bereits als Betriebsassistent mit untergebracht. Es ist kaum zu glauben, mit wieviel Frechheit solche Leute es fertig bringen, in einem Betrieb eine führende Rolle zu spielen, und doch zu wissen, daß sie die besten Betrüger sind, wenn ein Betrieb kränkelnd geht. Das durch die Gewerkschaft gesammelte Material wird der Porzellanfabrik Creidlich A.G. zur Verfügung gestellt. Nebenfalls im richtigen Moment, dem Flehmig wollte für die Firma einige „Kassen“ reifen. Das überreichte Material hat jedoch Johannes aus Weiden Flehmig das Genick gebrochen. Es dürfte weiter kein Zweifel sein, daß die vorgelegten Zeugnisse und Diplome wohl keine Schandfäule waren, und mußten deshalb beide fruchtlos entfallen werden. Die Streikenden hatten dies erwartet, um so mehr, da sie von der Verhandlung von den Betrügereien unterrichtet waren. Das wir dem Flehmig bei den Unterhandlungen persönlich gegen, hat sich erfüllt, daß er mit Schimpf und Schande Creidlich verlassen muß, um so mehr, weil wir die Unmöglichkeit der „Kassieren“ Herren nachzuweisen in Aussicht gestellt haben. Flehmig hat sich vor allem in Reichensdorf, Schwarzenberg, Weiden und Schwarzenberg als Streikbrecher betätigt unter Führung des Trübsalstänkers Strigl aus Schön-

dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Zentralverband der Maschinen- und Feinzer Deutschlands, dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs.

vereinbaren die Parteien: Der Schiedspruch der vereinbarten Schlichtungsstelle vom 21. März 1930 wird zum Vertrag erhoben mit der Maßgabe, daß die vorgeschlagene Bestimmung in § 20 Abs. 1 Satz 1 gestrichen wird.

Der damit gültige Manteltarif gilt bis zu dem Zeitpunkt, bis zu dem das Lohnabkommen in Kraft ist.

Ziffer IV des Schiedspruchs wird gestrichen. Nach Kündigung des Lohnabkommens treten die Parteien zu neuen Verhandlungen über Lohn- und Mantelvertrag zusammen. Für den Fall, daß in freien Verhandlungen eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt wird, soll eine vereinbarte Schlichtungsstelle zur Schlichtung der Streitigkeiten gebildet werden. Die vereinbarte Schlichtungsstelle wird neben den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern mit drei Unparteiischen besetzt, über die sich die Parteien einigen. Im Nichteinigungs-falle ernannt der Reichsarbeitsminister die drei Unparteiischen.

Nach Durchführung des Schlichtungsverfahrens vor der vereinbarten Schlichtungsstelle und dem sich an den Ablauf der Geltungsdauer anschließenden Zeitraum von vierzehn Tagen dürfen Kampfmaßnahmen seitens der Parteien nicht erfolgen, wenn ein Antrag auf Verbindlichkeitsklärung vorliegt oder der Reichsarbeitsminister sich einschließt, das Verbindlichkeitsverfahren von Amts wegen zu betreiben.

Als zur Durchführung des Schlichtungsverfahrens vor der vereinbarten Schlichtungsstelle und dem sich an den Ablauf der Geltungsdauer anschließenden Zeitraum von vierzehn Tagen dürfen Kampfmaßnahmen seitens der Parteien nicht erfolgen, wenn ein Antrag auf Verbindlichkeitsklärung vorliegt oder der Reichsarbeitsminister sich einschließt, das Verbindlichkeitsverfahren von Amts wegen zu betreiben.

gez.: Dr. Rarke, Arbeitgeberverband der Deutschen Feinkeramischen Industrie.  
gez.: Luise Apel, Keramischer Bund, Abt. des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, und für die anderen am Vertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisationen.  
gez.: Martin Fromm, Berufsverband deutscher Keramarbeiter.

4. Dieber für Hochspannungsartikel,
5. Maler für Auf- und Unterglasur,
6. Fondbrüher,
7. Modellentwerfer und Abgießer,
8. Formengießer,
9. Kapseldreher,
10. Modelleur,
11. Steindrucker, Lithographen, Graveure und Plattenstecher,
12. Verantwortliche Dienstreuer.

Saben Angehörige der vorstehend aufgeführten Beschäftigungsarten eine Lehrzeit nicht durchgemacht, können sie jedoch nachweisen, daß sie 1/2 Jahr länger, als die berufssübliche Lehrzeit in der betreffenden Beschäftigungsgruppe betragt, tätig sind und haben sie solche Arbeiten verrichtet, welche in der Regel von gelernten Arbeitern ausgeführt werden, sind sie bezüglich der Krisenunterstützung als Facharbeiter zu erachten.

Soweit die Anspruchsberechtigten ihren Antrag auf Krisenunterstützung bis zum 1. Mai 1930 stellen, wird ihnen beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen die Unterstüttung ab 14. April 1930 unter Entbindung von der Meldepflicht für die rückliegende Zeit bewilligt. Alle nach dem 1. Mai 1930 gestellten Anträge wirken dagegen erst vom Tage der Antragstellung ab.

Damit ist den in der Hauptsache durch die Nationalisierung und Technisierung in den Betrieben der Porzellanindustrie arbeitslos gewordenen Facharbeitern der Porzellanindustrie die Krisenunterstützung gesichert, soweit sie aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind.

Daraus können unsere Kollegen wieder einmal erkennen, welchen Wert die Organisation für sie besitzt, auch wenn sie aus dem Arbeitsverhältnis heraus sind. Die Einführung der Krisenunterstützung für unsere Kollegen ist um so höher zu bewerten, weil die gegenwärtige Regierung zu einem großen Teil in solchen Parteien ihre Stütze findet, die im vergangenen Jahre mit allen Mitteln Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung herbeiführen wollten. Auch jetzt sind die Angriffe der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen auf die Arbeitslosenversicherung noch lange nicht abgeklungen. Wenn wir ihnen begegnen wollen und die Arbeitslosenversicherung noch mehr zugunsten der Arbeitnehmer ausbauen wollen, müssen sich die Arbeiter noch fester und geschlossen in den Organisationen vereinigen.

Das muß der Schluss sein, den unsere Kolleginnen und Kollegen aus den Erfolgen des Verbandes auf diesem Gebiet zu ziehen haben.

wald. Eritenklicherweise ohne großen Erfolg, denn außer dem Brenner Jodor Moldan aus Schönwald haben es die Ange-worbenen abgelehnt, zum Streikbrecher und Verräter an ihren Klassenangehörigen zu werden. Strigl, insbesondere seine Frau, eine geborene Küllme aus Hof, hat eine recht traurige Rolle gespielt. Aus den Betriebsversammlungen hatten sie der Firma die phantastischsten Forderungen geliefert die dazu führten, daß die Porzellanfabrik Creidlich gegen die Verbandsleiter Brandel und Beit einstweilige Verfügungen erwirkten, gegen die Widerspruch eingelegt wurde. Strigl hat sich überzeugt, daß Strigl und seine Frau die nötige Hinzuleitung, ebenso dessen Stiefschwester Ella Dörrer erst im Frühjahr Max Müller aus Schönwald, die eidesstattliche Versicherungen der letzteren hatten die Verbandsleiter Brandel und Beit wegen Bedrohung und Verleumdung was nach alles von dem Landgericht Coburg verurteilt worden. Es war jedoch verneinlich, das Landgericht mußte die Klage abweisen. Nun bekam Strigl keinen Lohn. Die Firma hatte ihn und seine „bessere“ Hälfte erkannt. Mit Schimpf und Schande wurde er hinaus-gejagt, fruchtlos auf Blaster gemorren. Innerhalb weniger Stunden mußte er die Werkwohnung räumen, und die Möbelfirma wurde in Kenntnis gesetzt, daß sie sofort die gepackten Möbel wieder zurückholen sollte, was auch sofort geschah. Totenbleich vor Scham mußte Strigl sich einer mehr als handtuchfüßigen Menge zur Schau stellen. Mit alten Heringsbüchsen wurde dem Strigl und dem Flehmig ein Abschiedsmahl veranstaltet, der den beiden noch lange gellend in den Ohren klingen wird. Strigl hat sich nach Hof begeben. Sein Schwiegervater Küllme war während des Streiks in Creidlich und weiß, was Strigl für eine traurige Rolle gespielt hat. Die Arbeiterschaft von Hof und Schönwald wird ihm denselben Empfang bereiten, den er in Creidlich zum Abschied erhielt. Mit dem Schweinewagen verschwand Strigl unter dem Haub der Volksmenge, ebenso der „Diplomingenieur“ Johannes Flehmig. Kammer kann die streikende Creidlicher Arbeiterschaft getroßt das Ende des Streiks abwarten, denn neue Kämpfe sind gewarnt. Die Arbeitergesellschaft wird von der Angelegenheit und dem Streik keine rechte Freude haben



**Wo ist der Feuermelder?**

**Reklame Porzellanfabriken Creidlich A.G.**

Von Seiten der Porzellanfabriken Creidlich A.G. wurde gegen die beiden Verbandsangehörigen, die Kollegen Brandel und Beit, eine einstweilige Verfügung erlassen, in der denselben verschiedene Handlungen, die sich bei einem Streik nicht umgehen lassen, verboten wurden. Insbesondere glaubte man Unterhandlungen als Drohreden und Mitteilungen an Arbeitswillige als Drohbriefe und Drohungen hinstellen zu können, wie überhaupt jede Tätigkeit, die zur Wahrnehmung berechtigter Interessen notwendig ist, scheinbar nicht zugelassen sein sollte. Die Firma hat vor dem Landgericht Coburg Klage erhoben wegen Verstoß gegen die einstweilige Verfügung der beiden oben Genannten. Zur Begründung des Antrags wurden von Seiten der Firma von Arbeitswilligen unterzeichnete eidesstattliche Versicherungen vorgelegt. Wir lassen dahingestellt sein, wie und auf welche Weise dieselben zustande kamen. Es genügt die Tatsache, daß mit all diesen eidesstattlichen Versicherungen die Firma vor dem Landgericht nichts erreichen konnte. Der Reichsbevollmächtigte der Firma versuchte der einstweiligen Verfügung eine Auslegung zu geben, die bei ihrer richtigen Anwendung gleichbedeutend damit wäre, der Verbandsleitung einen Maulkorb anzulegen. Das Landgericht war jedoch in seiner Entscheidung einer anderen Uebersetzung, und so geschah es, daß anstatt einer Verurteilung, wie es die Firma gewünscht hatte, ein Freispruch der beiden Angeklagten erfolgte. Die Firma hat nun neben dem Nachsehen auch die immerhin nicht geringen Kosten des gesamten Rechtsstreits zu tragen.

All diese Vorworte geben uns Veranlassung einmal die Frage aufzuwerfen, ob denn die Firma auf Grund der letzten wiederholten Vereinfachungen sich nicht endlich auf sich selbst besinnen will und von der Prozessleihe abbricht, da wir der Meinung sind, daß die Gelder, die verlorene Prozesse immerhin kosten, nutzbringend zur richtigen tariflichen Entlohnung der Arbeiterschaft angewandt werden können. Es wäre dies für die Firma, sowohl als für die Belegschaft im Interesse eines gedeihlichen Wirtschaftens ohne weiteres zweckdienlicher. Vielleicht steigt noch Vernunft.

**Waldenburg.**

Die Porzellanarbeiterschaft des Waldenburger Bezirks beging den 1. Mai in den Betrieben durch fast völlige Arbeitsruhe. Vor der Demonstration versammelten sich die Belegschaften in Edelkeiselsaal, um einen Bericht über den Stand der Manteltarifverhandlungen entgegenzunehmen und um zugleich für ihre Rechte zu demonstrieren.

Die Versammlung war trotz der frühen Stunde sehr gut besucht, besonders von den Belegschaften von Dielsch und Krüster. Auch aus Nieder-Salzbrunn und Sophienau waren Kollegen anwesend. Die Versammlung leitete Kollege Riffon. Geschäftsführer Kollege Kühn wies jedoch in eindringlichen Worten darauf hin, daß der Schiedspruch für den Manteltarifvertrag für die feinkeramische Industrie bis heute noch nicht verbindlich erklärt worden sei. Das Ministerium hat bisher den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer, welche des tariflichen Schutzes zu ihrer Verfassungsbildung unbedingt bedürfen, kein Gehör geschenkt. Mit aller Deutlichkeit wurde das Verhalten der Arbeitgeber ge-geißelt, welche mit allen Mitteln darauf bedacht sind, die tariflichen Rechte der Belegschaften zu beschneiden und einzufrieren.

Die Versammlung sollte den Ausführungen Zustimmung, insbesondere im Hinblick auf die Verpflichtung, daß die Belegschaften der hiesigen Betriebe gewillt sind, mit den zu Gebote stehenden Mitteln die Erhaltung und den weiteren Ausbau ihrer tariflichen Rechte zu erkämpfen. Die versammelte Kollegenschaft stellte sich einstimmig hinter den Verband und billigte das bisherige Vorgehen. Zum Zeichen der einmütigen Geslossenheit wurde auf eine Diskussion verzichtet.

Im Anschluß an die Versammlung bildete sich ein städtischer Demonstrationzug, welcher sich geschlossen zur Maidemonstration begab. — An der glänzend besetzten Markung im Waldenburger Stadion, wo Reichstagspräsident Döbe sprach, haben 16.000 Menschen teilgenommen.

**Waldenburg.**

Die Generalversammlung der Porzellanfabrik Bavaria A.G. in Waldenburg, in der Mitteilung nach § 240 HGB gemacht wurde, beschloß die Zusammenlegung des 0,70 Millionen RM betragenden Aktienkapitals im Verhältnis 10:1 und Wiedereinlösung um 530.000 RM bis auf 600.000 RM. Davon sind 430.000 RM bereits gezahlt. Der Auftragsbestand habe sich etwas erhöht, so daß die Verwaltung mit einem günstigeren Ergebnis rechnen zu können glaubt. Wir wollen nun hoffen, daß die Porzellanfabrik Bavaria wieder auf die Höhe kommt.

**Leipziger Herbstmesse 1930.**

Die Leipziger Herbstmesse 1930 findet in allen ihren Gruppen (Mustermesse, Technische Messe und Baumesse) vom 31. August bis 5. September statt. Von diesem Termin weichen lediglich die Leipziger Textilmesse und die Sportartikelmesse ab, die früher als die Mustermesse schließen, nämlich die Textilmesse am 3. September und die Sportartikelmesse am 4. September. — Die Leipziger Frühjahrsmesse 1931 beginnt am 1. März.

**Stenau.**

Die Almenauer Porzellanfabrik A.G. in Stenau wird voranschicklich 4 Proz. Dividende verteilen. Die Verwaltung läßt mitteilen, daß die Aussichten für das neue Geschäftsjahr nicht schlecht sind. Hoffentlich wird das auch zugegeben wenn die Arbeiterschaft darauf hinweist.



### Zement-Gewinne.

Die bis jetzt vorliegenden Geschäftsberichte der Zement-Aktiengesellschaften über das Jahr 1929 zeigen, daß trotz des schlechten Geschäftsjahres, welche Tatsache in allen Berichten betont wird, die Aktionäre sehr zufrieden sein können. Wir haben im „Keramischen Bund“ bereits den Geschäftsbericht der Breitenburger Zementfabrik Hamburg-Lägerdorf besprochen.

Der Geschäftsbericht der Vorkland-Zementfabrik Hemmoor in Hemmoor/Oste ist bereits in der Tagespresse kurz besprochen worden. Doch ist es vielleicht von Wert, wenn man letzteren Geschäftsbericht noch einer eingehenderen Prüfung unterzieht. Es wird mitgeteilt, daß die Dividende wieder wie im Vorjahr 15 Proz. beträgt. Diese Dividende wird aber nicht wie im Vorjahr auf ein Aktienkapital von 38 Millionen RM, sondern auf 5 Millionen RM gezahlt. An Gratisaktien haben die Aktionäre noch 190.000 RM erhalten. Doch lassen wir die einzelnen Zahlen für sich sprechen.

Der Geschäftsbericht beginnt mit der Feststellung, daß der durch den lang andauernden Frost im Anfang des Geschäftsjahres verursachte Absatzrückgang nur zum kleinsten Teil ausgeglichen werden konnte. Dann kommt eine Klage, und zwar die, daß durch Spruch des Schlichters eine weitere Lohnerhöhung von 13 Proz. gegen 1928 erzwungen wurde.

Nun haben zwar Verhandlungen vor dem Schlichter stattgefunden, aber diese führten ohne Fällung eines Schlichterspruches zur Einigung. Das nur zur Wichtigstellung obiger Behauptung des Geschäftsberichtes.

Der Geschäftsbericht sagt dann weiter, daß sich die Nationalisierung weiter günstig ausgewirkt hat. Sie hat es im Verein mit den größeren Eingängen auf das Zinsenkonto ermöglicht, auch auf das erhöhte Aktienkapital die Verteilung der gleichen Dividende wie im Vorjahre (also 15 Proz.) vorzunehmen.

Neben ordentlichen Abschreibungen, die 371.287,99 RM betragen, sind noch 350.000 RM zur Verfügung des Aufsichtsrates zurückbehalten. Diese sollen für die Erbauung eines modernen Zementmühlengebäudes verwendet werden. Die Nationalisierung wird also weiter fortgesetzt und wird weitere Arbeitskräfte durch Maschinenarbeit ersetzen. Die Mitteilung über die erhöhten Zinseszinsgänge, die 292.145,72 RM betragen, zeigen, daß die Klagen über mangelnde Eigenkapitalbildung für die Zementfabrik Hemmoor nicht zutreffend sind. Die Firma besitzt noch einen eigenen Neederbetrieb, der ebenfalls durch den Bau eines neuen Leichters vergrößert wurde.

Nun zu dem Reingewinn. Es heißt da: Nach Abzug der Kapital- und verlagsmäßigen Gewinnanteile des Aufsichtsrates und des Vorstandes beträgt der Reingewinn für das verlosene Geschäftsjahr 1.292.787,11 RM.

Es folgt dann die Aufzählung, wie der Reingewinn im einzelnen verteilt wird. Da erhält u. a. die Beamten-Wohlfahrtskasse für Vergütungen an Angestellte 30.000 RM und Unterstützungen an Arbeiter werden mit 30.000 RM ausgeworfen.

Wie hoch die verlagsmäßigen Gewinnanteile des Vorstandes und Aufsichtsrates sind, darüber schweigt sich der Geschäftsbericht vollständig aus. Man findet in der uns vorliegenden wortgetreuen Abschrift keine Notizen für dieses Konto. Wahrscheinlich steht dieser Posten unter der Rubrik allgemeine Unkosten, die 529.968 RM aufweisen.

Es dürfte jedoch auch die Deffentlichkeit und vor allen Dingen die Arbeiterschaft interessieren, was Vorstand und Aufsichtsrat Kapital- bzw. verlagsmäßig an Tantieme ungefähr erhalten. Nach einem gedruckten Brief über die geschäftliche Grundlage der Vorkland-Zementfabrik Hemmoor aus dem Jahre 1927 beträgt diese für den Vorstand 6 Proz. Vorzugsdividende und bis 4 Proz. Dividende.

Der Aufsichtsrat erhält außer einer festen Vergütung von zusammen 30.000 RM eine verlagsmäßige Tantieme von 10 Proz. und als Rest eine Super-Dividende aus den Stammaktien nach Generalversammlungsschluss.

1927 bestand der Aufsichtsrat aus 8 Personen, und zwar den Herren Rechtsanwalt Dr. W. Riegelbach, Hamburg, Zivil-Ing. Hermann Paulsen, Bergebor, und Bankier Dr. F. Honer, Berlin. Also 8 Personen teilten sich erst einmal in die feste Vergütung von 30.000 RM, pro Mann also 10.000 RM. Das ist ein recht schönes Trinkgeld noch neben den verlagsmäßigen 10 Proz. Tantieme.

Der Zementarbeiter wäre wahrscheinlich froh, wenn er ein Viertel des Trinkgeldes regelmäßig im Durchschnitt als Jahresarbeitslohnbuch fände.

Die tarifmäßigen Löhne der Zementarbeiter in Hemmoor betragen zur Zeit für die Zementarbeiter pro Stunde 90 Pf., oder Woche 43,20 RM; ungelernete Zementarbeiter pro Stunde 83 Pf., oder pro Woche 39,36 RM; Arbeiterinnen pro Stunde 55 Pf., oder pro Woche 26,40 RM; Betriebs- und Reparatur-Handwerker pro Stunde 28 Pf., oder pro Woche 14,04 RM.

Rechnet man Feiertage, Aussehen, Krankheit und sonstige Zufälligkeiten, wo der Arbeiter an der Arbeit verhindert ist, also keinen Verdienst hat, ab, so kommt für ein ganzes Jahr schwerer Arbeit noch lange nicht ein Viertel dessen heraus, was ein Aufsichtsratsmitglied bei Hemmoor für einige Sitzungen neben Tantieme als garantiertes Trinkgeld erhält. Daneben haben die Betroffenen sicher noch ein glänzendes Berufseinkommen, was viel über das 50-100fache eines Zementarbeitereinkommens übersteigt. Nun sind aber etliche Stundenlöhne noch Spitzenlöhne, die nur ein kleiner Bruchteil der Gesamtarbeiterschaft erhält und also lange keine Durchschnittslöhne darstellen. Betrachtet man dies alles, so fragt man sich immer und immer wieder, ob den Verfassern der Geschäftsberichte beim Niederschreiben der Klagen über die hohen Arbeiterlöhne usw. nicht die Schamröte ins Gesicht steigen müßte. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, sonst müßten derartige Klagen doch einmal ausbleiben.

Über Direktorengehälter usw. kann man aus dem Geschäftsbericht selbstverständlich nichts erfahren, die werden wahrheitlich auch nicht der Deffentlichkeit unterbreitet, sonst könnte diese ja auch einmal zu Schläffen kommen, die sicher der Zementindustrie sehr abträglich wären. Was sind gegen die Entschädigungen an Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Bezüge der Aktionäre die kleinen Summen für Beamten-Pensionskasse und Entschädigungen an Beamte usw. Unterstützungen an die Arbeiterschaft, wobei letztere wahrscheinlich das wenigste bekommt.

Beim genauen Studium dieses Geschäftsberichtes kann man wirklich zu der Meinung kommen, daß in der Zementindustrie die Preise für Zement bedeutend gesenkt und trotzdem höhere Löhne gezahlt werden könnten. Nebenfalls nehmen sich die Klagen aus dem Munde der Zementindustriellen über hohe Zementarbeiterlöhne sehr eigenartig aus.

Das ist zwar ein für die Aktionäre äußerst günstiges Ergebnis bei Hemmoor, steht aber durchaus nicht etwa einzeln da.

Ein anderer und vorliegender Geschäftsbericht, und zwar für Vorkland-Zement- und Kalkwerke „Elsa“, Neubrück in Westfalen, weist ebenfalls für die Aktionäre ein recht gutes Ergebnis auf. Auch dieser Geschäftsbericht klagt über schlechten Absatz. Trotzdem hat der Zementverband die Höhe des Vorjahres erreicht, wenn auch durch Aufkauf cuberer Quoten.

Auch dieser Betrieb hat Rationalisierungen vorgenommen, die sich günstig auswirkten. Für die Zukunft erwartet die Geschäftsleitung weitere Ersparnisse von den Neuanlagen.

Der Arbeiterschaft des Wertes müßte aber folgender Passus zu denken geben:

„Der im Vorjahr von unseren Werksangehörigen gegründete Werkverein (Die Firma hat anscheinend beigetragen: unter ihrer, d. h. der Firmenleitung eifrigen Mitwirkung und Förderung — hinzuweisen, D. B.) nahm eine günstige Entwicklung und förderte die Zusammenarbeit.“

Im vorjährigen Geschäftsbericht stand darüber folgender Passus:

„Gegen Mitte des Jahres 1928 gründete unsere Arbeiterschaft den Werkverein „Elsa“, der durch seine Mitgliedschaft zum RM. tariffähig ist. Wir erhofften hiervon ein verständigvolles Zusammenarbeiten zwischen Werksleitung und Arbeiterschaft.“

Das Vertrauen der Werksleitung in den gelben Werkverein scheint sich gelöst zu haben. Es heißt weiter: „Daß in der vorjährigen Bilanz ausgewiesene „Fabrikausbaukonto“ wurde aufgelöst, nachdem die Fabrikanlage vollständig fertiggestellt ist und die daraus entstehenden Verpflichtungen erfüllt sind.“ Es muß also ein gutes Geschäftsjahr gewesen sein, wenn nach kurzer Zeit die Verpflichtungen aus dem Bau einer Neuanlage erfüllt werden konnten.

Wie das Geschäftsergebnis zahlenmäßig sich gestaltete, kann man aus nachfolgendem ersehen. Es wurde erzielt:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'ein Rohgewinn von 605.957,80 RM' and 'nach Abschreibungen 260.011,24 RM'.

verbleibt ein Reingewinn 345.986,56 RM

Der Vorstand schlägt folgende Verteilung vor:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Zuführung zur gesetzlichen Rücklage 46.555,- RM' and 'Summa 345.986,56 RM'.

Das Aktienkapital beträgt 2.566.300 RM. Die Abschreibungen betragen demnach über 10 Proz. des Aktienkapitals.

In die Tantieme des Aufsichtsrates teilen sich 4 Personen, macht rund gerechnet pro Person 5123 RM. Wenn es auch nicht so viel ist wie bei Hemmoor, so ist es doch immerhin mitzunehmen. Die Personen des Aufsichtsrates sind alles begüterte Personen mit ganz sicher nicht zu kleinem Einkommen. Der Aufsichtsrat schließt sich den Vorschlägen des Vorstandes betr. Verteilung des Rebbahes an. Wir glauben es ihm ohne weiteres.

Den Meldungen in der Nachpresse entsprechend wird auch eine Reihe anderer Zement-Aktiengesellschaften, deren Geschäftsberichte aber noch nicht vorliegen, ebenfalls wieder die Vorzugsdividende verteilen. Nur von einer, und zwar der Bonner Bergwerks- und Hüttenverein A.-G., Zementfabrik Oberkassel bei Bonn wird gemeldet, daß sie hat wie im Vorjahre 15 Proz., nur 10 Proz. verteilen wird. Aber da wird man erst einmal den Geschäftsbericht näher prüfen müssen, ob nicht der Gewinn in verschiedene Konten fließt. Aber 10 Proz. ist ja ebenfalls noch ein ganz gutes Geschäft für Aktionäre.

Visher sind Meldungen über Dividendenvorschläge erfolgt von:

Table with 3 columns: Name, 1929 Proz., 1928 Proz. Lists companies like 'Vorwohle', 'Anneliese', 'Salber', etc.

Das sind Ergebnisse, die sich alle sehen lassen können.

Bekommt man die für die Deffentlichkeit zugänglichen Geschäftsberichte in die Hand, so kann man noch lange nicht hinter die Kulissen der Zementgesellschaften blicken. Würde die Deffentlichkeit einmal ersehen können, mit welchen Summen die Zementbarone in Wirklichkeit herumhantieren, so glauben wir sicher, daß mancher, der heute auf die „begehrliche Arbeiterschaft“ schimpft, anderen Sinnes werden müßte. Er könnte dann leben, wo die wahre Begehrlichkeit liegt. Demjenigen Teil der Arbeiterschaft, der sich durch die von den Unternehmern beauftragten Kreaturen für die gelbe Werksvereinsbewegung einspannen läßt, müßte die Geschäftsleitergebnisse zu denken geben. In diesen müßte er erkennen, daß die Zementbarone die gelbe Werksvereinsbewegung nur zu dem Zweck propagieren und fördern, damit ihre hohen Gewinne gesichert bleiben. Die Kosten dafür hat die Arbeiterschaft insgesamt zu tragen, indem sie mit niedrigeren Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen vorlieb nehmen muß. Für jeden vernünftigen, klar denkenden Zementarbeiter kann es deshalb nur eines geben, Erwerbung der Mitgliedschaft im Verband der Zementarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, und Ausbau dieser Organisation. Nur dann werden auch die Zementbarone die Zementarbeiterschaft als Menschen achten und behandeln, wenn sie leben, daß eine starke Organisation hinter ihr steht. Ihr Geschrei über zu hohe Löhne und über die Begehrlichkeit der Arbeiter wird dann mit einem Mal verstummen sein.

### Streik bei der Firma Höfer & Co.

Bei der Firma Höfer & Co., Ziegelei in Cannstatt an dem Steig, steht die gesamte Arbeiterschaft seit dem 23. April 1930 im Streik. Der Grund ist, daß die Firma die bisherigen Arbeitsbedingungen will. Im vergangenen Winter wurde der Betrieb zum größten Teil stillgelegt, und 120 langjährig beschäftigte Kollegen wurden entlassen. Bei den darüber gepflogenen Verhandlungen hat Herr Dir. Schiele versprochen, daß die Entlassenen bei der Inbetriebnahme des Wertes in diesem Frühjahr zuerst wieder eingestellt würden. Jetzt glaubt nun die Firma die Verhältnisse für sich günstig, um die bisherigen Arbeitsbedingungen für sich zu können. Sie hat inzwischen in den Zeitungen Ziegeleiarbeiter, hauptsächlich Hfenarbeiter gesucht und Arbeitsangeboten eingefordert. Nachdem sie letztere, welche weit unter den bisherigen Arbeitsbedingungen liegen, erhalten hatte, kündigte sie den Hfenarbeitern durch eingeschriebenen Brief das bisherige Arbeitsverhältnis. Darauf haben unsere Kollegen im Lohn gearbeitet. Anlässlich von Verhandlungen über diese Frage hat Herr Dir. Schiele erklärt:

„Angebot und Nachfrage regeln den Preis.“

Demnach will er die jetzige schlechte Wirtschaftslage zugunsten der Firma ausnützen und unsere Zieglert Kollegen wieder zu Heloten herabdrücken, die sich gegenseitig in der Lohnfrage Konkurrenz machen. Um seinen Grundsat in die Tat umsetzen zu können, hat er am 23. April d. J. Arbeiter von auswärts eingestellt, die nun zu bedeutend niedrigeren Löhnen arbeiten wie bisher arbeiten sollen. Die Hfenarbeiter, und mit ihnen die gesamte Belegschaft, etwa 150 Leute, haben daraufhin am 23. April dieses Jahres die Arbeit geschlossen niedergelegt.

Die bisher geführten Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes sind an der starcköpfigen Haltung der Firma gescheitert. Der Streik geht also weiter.

Es ist gelungen, die angeworbene Hfenkolonne wieder zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Auch weitere Versuche der Firma, von auswärts Ziegeleiarbeiter heranzuziehen, sind bisher gescheitert.

Alle Zieglert Kollegen und -kolleginnen werden hiermit vor Arbeitsannahme bei der Firma Höfer & Co. in Cannstatt ausdrücklich gewarnt.

Kein Zieglertkollege, keine Kollegin darf Arbeit bei obiger Firma annehmen, bevor die Differenzen nicht beigelegt und alle bisherigen Zieglert Kollegen und -kolleginnen wieder an ihren alten Plätzen eingestellt sind.

### Entwicklung der indischen Zementindustrie.

Daß sich die Zementindustrie in den anderen Ländern, welche in der Vorkriegszeit fast gar keine oder nur sehr wenige Werke aufzuweisen hatten, seit Beendigung des Krieges ziemlich stark entwickelt hat, ist bekannt. Hauptächlich aber die außer-europäischen Länder, die vor dem Kriege als Absatzländer für die europäische Zementindustrie galten. Wie haben schon über verschiedene Länder Zahlen über die Entwicklung der Zementindustrie in diesen gebracht.

Ein Beispiel einer verhältnismäßig schnellen Entwicklung bietet auch die indische Zementindustrie, wo die ausländische Konkurrenz sehr weitgehend abgedrängt ist. Nachfolgende Zahlen weisen nach dieser Richtung ein anschauliches Bild auf.

Die Zahlen der Erzeugung, Einfuhr und des Absatzes in Indien sind bis 1927 folgende:

Table with 4 columns: Jahr, Erzeugung, Einfuhr, Gesamt-Abatz. Shows data from 1917 to 1927.

Im Jahre 1919 waren drei Werke vorhanden. Im Jahre 1925 war die Zahl der Zementwerke bereits auf zehn gestiegen.

Auch in anderen hauptsächlich indischen Absatzländern für die deutsche Zementindustrie entwickelt sich die Zementindustrie in aufsteigender Linie.

Dadurch wird die Ausfuhrmöglichkeit immer mehr eingeengt. Auch die deutsche Zementindustrie hat im Jahre 1929 wieder ein Minus in der Ausfuhr zu verzeichnen gegenüber 1928. Das wird sich im Laufe der nächsten Jahre noch verstärken. Deshalb wird auch die deutsche Zementindustrie immer mehr gezwungen werden, im Inland verstärkte Absatzmöglichkeiten aufzusuchen. Ein verstärkter Absatz wird aber nur möglich sein, wenn die Preise wesentlich gesenkt werden. Daß die deutsche Zementindustrie mit wesentlich niedrigeren Zementpreisen wie jetzt noch existenzfähig ist, dürfte nach den Mitteilungen über die erzielten Geschäftsergebnisse kaum zweifelhaft sein.

### Erhöhter Zementverbrauch in Schweden.

Die bisher über den Zementverbrauch im Jahre 1929 bekannt gewordenen Veröffentlichungen geben übereinstimmend eine erhebliche Erhöhung desselben an. „Hfensvärden“ schätzt die Zunahme auf 15 Proz. Lebhafter Bautätigkeit, die Tatsache, daß jetzt vielfach Zement an Stelle von früher anderem Baumaterial verwendet wird, die Benutzung von Zement für Automobilwege werden als Hauptursachen für den Mehrverbrauch angeführt. Letzterer hat eine vermehrte Produktion der schwedischen Zementfabriken (1927: 496.000 To. = 20,6 Mill. Kr., 1928: 468.000 To. = 19 Mill. Kr.), aber auch eine Steigerung der Einfuhr, hauptsächlich aus Polen und Belgien zur Folge gehabt. Nach der schwedischen Statistik betragen die Ein- und Ausfuhr von Zement: Einfuhr: insgesamt 1928: 28.223.913 ss, Wert 1.225.422 Kr., 1929: 47.054.623 kg, 1928: aus Polen Zement: Einfuhr: insgesamt 1928: 28.223.913 g, Wert 1.634.443 Kr., Norwegen 1.682.284 Kr., Wert 87.948 Kr., Dänemark 1.274.994 Kr., Wert 67.564 Kr., Frankreich 511.460 Kr., Wert 56.239 Kr., Deutschland 247.082 Kr., Wert 9124 Kr., Großbritannien 80.390 Kr., Wert 25.993 Kr., Holland 55.508 Kr., Wert 2203 Kr., anderen Ländern 26.603 Kr., Wert 2465 Kr. Ausfuhr: insgesamt 1928: 137.845.483 kg, Wert 4.181.665 Kr., 1929: 148.070.234 kg. Um der Einfuhrsteigerung zu begegnen, ist der Verkaufspreis auf dem schwedischen Markt etwas gesenkt worden. Dagegen hat die Ausfuhr zu unveränderten Preisen stattgefunden. In diesem Zusammenhang mag bemerkt werden, daß der Hafen in Gimbarn auf 8 m vertieft worden ist, so daß selbst große Ozeandampfer dort an dem Kai der Svenska Cement Aktiebolaget (Sth. Walmå), eines der größten schwedischen Zementunternehmen, anlegen können.

### England.

Eine der größten Gesellschaften in der Ziegeleiindustrie Englands ist die London Brick Co. & Borden's Ltd. mit einer Jahresleistung von 1 Milliarde Ziegeleierzeugnissen.

Die Gesellschaft besitzt 25 Ziegeleien an 6 verschiedenen Bahnstrecken. Die größte Ziegelei der Gesellschaft ist in Billinge, die 1910 eine jährliche Leistung von 50.000.000 Ziegel aufwies. Während des Krieges lag sie still und wurde nach dem Kriege vollständig umgebaut und modern ausgestattet. Im Jahre 1929 betrug die Leistung über 130 Millionen Ziegeleierzeugnisse. Daß die Gesellschaft äußerst rentabel arbeitet, kann man aus der gezahlten Dividende vermuten. Diese betrug im letzten Jahre 20 Prozent.

Aus der Notiz geht weiter hervor, daß der Zusammenbruch der Ziegeleiindustrie Englands schon ziemlich weit fortgeschritten sein muß. Auch in Deutschland macht sich diese Tendenz in letzter Zeit bemerkbar. Über verschiedene Firmen hatten wir in diesem Blatt schon berichtet. Auch daß von seiten der Verkaufsvereinigungen der syndikalmäßige Zusammenschluß in letzter Zeit stark propagiert wird.



# Internationales



## Der neue Weg der englischen Gewerkschaften.

Die revolutionäre Periode, die 1918 den Krieg ablöste und Sieger wie Besiegte erfaßte, erzeugte auch in England gar sonderbare Verhältnisse. Von allen Völkern begriff das englische Volk am wenigsten, daß durch die erschütternden Ereignisse von 1914-1918 die Welt von Grund auf umgemodelt wurde. England blieb wohl Sieger, seine Industrie aber war geschwächt, das gesellschaftliche Leben aus den Fugen gerissen. Politisch freilich wurde in England nichts geändert. Das staatliche Leben war intakt geblieben. Es gab keine Verfassungskämpfe, keinen Streit um die Farben des Reichsbanners, die englische Demokratie wurzelte seit langem fest in der Volksseele. Seit Jahrzehnten steht das englische Königtum „über den Parteien“, hat auf den Gang des politischen Geschehens keinerlei Einfluß. Nicht der König — der nur Apotheose ist — hatte „den Krieg gewonnen“, sondern Lloyd George, der aus dem Volke emporgestiegene Staatsmann, der dann im Siegesrausch die politische Macht im reaktionären Sinne ausnutzte. Dieser Mißbrauch der staatlichen Gewalt trieb die Gewerkschaften zum revolutionären Syndikalismus, teilweise sogar zum Bolschewismus. Eine Zeitlang erweckte es den Eindruck, als liebten sich die Gewerkschaften führerlos dahintreiben. Es entstand ein Zick-Zack-Kurs schlimmster Art. Manchmal schien es, als beständen zwischen den Führern der Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zu denen der Arbeiterpartei die größten Widersprüche. Das war um so unverständlicher, als doch in England die politische Arbeiterpartei in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der Gewerkschaften besteht, die Kongresse beider Körperschaften vielfach mit denselben Delegierten besetzt werden. Wie war diese Zwitterstellung zu erklären? Auch in England gab es viele, die glaubten, der Parlamentarismus habe ausgespielt. Das politische Räteystem trieb auch in England sein Unwesen. Man glaubte, die Tage der kapitalistischen Herrschaft seien gezählt. Wie illusionär diese Schlußfolgerung war, erkennt man daran, daß heute selbst kommunistische Schriftsteller von Ruf zugeben: „Es wäre sinnlose Blindheit, die Tatsache der ökonomischen und politischen Stabilisierung des Kapitalismus im Vergleich zu der Situation in den ersten Nachkriegsjahren leugnen zu wollen!“ (Siehe E. Varga: „Die Wirtschaft der Niedergangsperiode des Kapitalismus nach der Stabilisierung“, Seite 11.) In England überschätzte man noch die Möglichkeiten des wirtschaftlichen Kampfes, glaubte, durch ihn politische Umwälzungen erzwingen zu können. Am Beginn der eigenartigen Bewegung ragte der sogenannte Dreibund hervor, eine Art Allianz zwischen den Verbänden der Eisenbahner, Verkehrs- und Kohlenbergarbeiter. Schon beim Streik der Bergarbeiter 1921 brach der Dreibund sang- und klanglos zusammen. Es ist natürlich leicht, von „Verrat“ der Führer zu reden wie das die Kommunisten taten. Fest aber steht, nicht den Führern fehlte der Mut im entscheidenden Augenblick, aber die Masse, im gegebenen Falle die Eisenbahner waren nicht bereit, den Führern zu folgen. Warum? Es handelte sich um einen Sympathiestreik für die Bergarbeiter, der Dreibund erwies sich als ein tönerner Popanz.

Den Höhepunkt erreichte die spezifisch syndikalistische Bewegung 1926 beim Generalstreik, der gleichfalls zusammenbrach. Will man eine Lehre aus all den Irrwegen der englischen Bewegung ziehen, so ist es diese: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung war eben doch stärker als in den ersten Nachkriegsjahren angenommen wurde. Außer in Rußland gelang das bolschewistische Experiment nirgendwo. In Italien kam der Faschismus gerade deshalb zur Macht, weil die Arbeiter es 1920 nicht erreichten, die von ihnen besetzten Fabriken im Handumdrehen zu verwalten. Trotz aller revolutionären Aufwallungen ist es nicht so einfach, die bestehende Weltordnung aus den Angeln zu heben. Zwar nahm die Bewegung in England nicht die Formen von Italien an, doch sind die zu ziehenden Schlußfolgerungen dieselben.

Für die meisten Beobachter des englischen Lebens war es nicht leicht, die Stellung der englischen Gewerkschaften immer zu verstehen. Dieselben Führer, die noch kurz vor dem Generalstreik von der „Einheitsfront“ mit den Bolschewisten träumten, sprachen nun plötzlich vom „Wirtschaftsfrieden“, plädierten für einen „Burgfrieden“. Und das Unbegreiflichste des Umchwünges war: „Burgfrieden“ predigte man zur Zeit, wo die konservative Regierung aus Rache für den Generalstreik ihre koalitionsfeindliche Gewerkschaftsvorlage im Parlament zum Gesetz erheben ließ. Was gab Anlaß zu diesem geradezu erstaunlichen Umschwung? Ein Blick auf die deutsche Geschichte gibt den Schlüssel hierzu. Trotz aller revolutionären Aufwallungen, die Deutschland durchzumachen hatte, vergaben es die deutschen Gewerkschaften nicht, eine Gewerkschaftsgesetzgebung zu schaffen, die einzigartig ist. In der deutschen revolutionären Epoche hörte man wohl häufig die Klage, die Revolution sei zu einer Lohnfrage heruntergedrückt worden. In der Tat ist das bis zu einem gewissen Grade richtig. Die Lohnfrage war das Resultat einer „Ursache“. Was in den ersten Tagen der Revolution geschah, war die Schaffung eines Tarifrechts, Schlichtungs- und Betriebsrätewesens. Die Sucht zum Putsch verpuffte schließlich, was aber von Dauer war, das war die verfassungsmäßige Verankerung dieses Tarifrechts samt dem Schlichtungswesen. Heute darf jeder deutsche Gewerkschafter mit Stolz auf diese Errungenschaften der deutschen Revolution zurückblicken. Wohl hatten die meisten von uns vor dem Kriege die Hoffnungen auf die Eroberung der politischen Macht gesetzt, nun aber stellte sich heraus, wichtiger noch sei es, der Kampf um die wirtschaftliche Demokratie zu führen.

Auch in England tobte in den ersten Nachkriegsjahren der Kampf um die wirtschaftliche Demokratie. Es wurden die „Wirtschaftsräte“ geschaffen, als Mittel zur Einleitung der Demokratisierung der Wirtschaft. Was man jedoch vergaß, war, dem Betriebsrätewesen eine gesetzliche Grundlage zu geben.

Als die englischen Gewerkschaften 1927 die „Kriegsphilosophie“ abstritten, fügten sie den im Jahre 1919 gesprochenen, aber fallen gelassenen Fäden wieder auf, griffen auf das deutsche Beispiel zurück. Das alles scheint paradox. Rück... wir Deutsche vor dem Kriege nicht auf die Bücher der Eberhard Sidney und Beatrice Webb wie auf eine Bibel? Jawohl, unser Streben war es, ein Gewerkschaftsrecht nach englischem System anzubahnen. Und nun nach der Revolution schienen sich mit einem Male die Rollen zugunsten Deutschlands so gründlich vertauscht haben? So sonderbar es auch klingt, es ist so. Der enorme Umschwung vollzog sich in typisch britischer Art und Weise. Auf die Katastrophepolitik des Generalstreiks 1926 folgte der bekannte Mond-Turner-Ausschuß, der durch eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmer die Demokratie in der Wirtschaft einführen sollte. Es war in der Tat ein Sprung von einem Extrem ins andere. Ob der Versuch gelingen wird, wozu wir nicht zu behaupten. Vielleicht wählten die englischen Gewerkschaften den falschen Weg. Besser wäre es sicherlich gewesen, sich nicht zuviel auf den guten Willen der Unternehmer zu verlassen. Wie in Deutschland hätte man die Gesetzgebung zu Hilfe nehmen müssen. Das tat man nicht. Nach langem Zögern haben sich nun zwar die Unternehmerorganisationen entschlossen, im Sinne des Mond-Turner-Ausschusses zu arbeiten, von praktischen Erfolgen hört man bis jetzt nichts.

Das zu lösende Problem ist auch nicht so leicht. Kurz gesagt, kann es auf folgende Formel gebracht werden:

Kann die sehr aus dem Leim gebrachte Wirtschaft mit Hilfe der Rationalisierung, die wiederum durch Verständigung zwischen Unternehmer- und Gewerkschaftsorganisationen bewerkstelligt werden soll, wieder auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht werden?

Ferner, kann die für England so notwendige Rationalisierung ohne erhöhte Erwerbslosigkeit erzielt werden?

Es gibt eigentlich, offen gestanden, nur wenige Unternehmer, die an solche Möglichkeiten glauben. Für sie ist der einzig gangbare Weg einfach: verlängerte Arbeitszeit und verkürzte Löhne.

Ueber allem steht das ernste Bemühen der Gewerkschaftsführer: man will der Industrie wieder auf die Beine helfen. Trotz allem Internationalismus ist das das A und O aller Volkswirtschaft. Auch der verblissenste Kommunist, der mit fanatischer Ueberzeugungstreue den vielen — manchmal sehr widersprüchlichen — Parolen folgt, sieht es immer noch lieber, wenn die Fabrikschornsteine rauchen, als wenn sie nicht rauchen.

Die englische Gewerkschaftsbewegung weiß, daß die englische Industrie neue, moderne Formen braucht, Reorganisation tut not. Wie aber soll das Problem gelöst werden: durch Verständigung mit den Gewerkschaften oder gegen die Gewerkschaften? Das ist die große Frage der letzten drei Jahre. Das ist es auch, was die Gewerkschaften dazu drängte, den neuen Weg einzuschlagen. B. Weingartz.

## Arbeitskämpfe in Holland.

Die Monatsschrift des holländischen Zentralbüros für Statistik (Januar 1930) enthält eine vorläufige Uebersicht der Streiks und Aussperrungen in Holland im Jahre 1929. Dieser Uebersicht sind nachstehende Angaben entnommen:

Im Umfang der Bewegungen sind im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Änderungen eingetreten. Die Gesamtzahl der Streiks und Aussperrungen belief sich im Jahre 1929 auf 217 (1928: 202), die Zahl der davon betroffenen Unternehmungen auf 1200 (1322), die Zahl der Arbeiter auf 15 700 (13 626) und die Zahl der verlorengegangenen Arbeitstage auf 612 600 (635 055).

Soweit die Resultate bekannt sind, werden nachstehend die Prozentsätze der Konflikte und der davon betroffenen Arbeiter erwähnt: mit Erfolg endeten 27 Proz. (1928: 24 Proz.) der Bewegungen, mit 11 Proz. (14 Proz. der Arbeiter; mit teilweisem Erfolg 47 Proz. (47 Proz.) der Bewegungen und 72 Proz. (66 Prozent) der Arbeiter; 24 Proz. (28 Proz.) der Bewegungen, mit 15 Proz. (17 Proz.) der Arbeiter, endeten ohne Erfolg.

## Mexikanischer Gewerkschaftsbund.

Direkten Mitteilungen des Mexikanischen Gewerkschaftsbundes Confederacion Regional Obrera Mexicana) entnehmen wir nachstehende Angaben über die Mitgliederzahl und die Zahl der angeschlossenen Organisationen am 31. Dezember 1929.

Insgesamt waren an diesem Datum 1 800 000 Mitglieder angeschl. gegen 750 000 Ende 1924 und 2 000 000 Ende 1927.

Dem Gewerkschaftsbund sind 5 nationale Föderationen, 19 Organisationen der verschiedenen Staaten und 42 Bezirksföderationen angeschl. Insgesamt gibt es 1200 Verbände. Die 5 nationalen Föderationen erfassen die Zuckerindustrie, die Lebensmittelindustrie, die Eisenbahnen, die graphischen Betriebe, die Landarbeiter und Seeleute.

## Gene und Stellen

### August Breuß tot!

Am 29. April starb im evangelischen Krankenhaus in Kall nach halbjähriger schwerer Krankheit das Vorstandsmitglied der Zahlstelle Köln August Breuß.

Ein Kollege der alten Garde in der Gewerkschaftsbewegung, ein ehrlicher Kämpfer mit eisernem Pflichtgefühl, ist von uns geliebt. Wo es galt für den Verband zu werben, in der Fabrik, von Haus zu Haus, wo es galt die Ziele des Verbandes in den Vordergrund zu stellen, da war es unser August, der immer seinen Mann gestellt hat. Seit 20 Jahren besaß er das Amt eines Unterassistenten im Bezirk Mülheim. Ihm hielt nichts davon ab, bei Wind und schlechtem Wetter, in kränklichem Zustande verließ er seinen Posten. Seit 1924 war er Bezirkskassierer in Mülheim und auch auf diesem Posten war er ein Musterbeispiel besonderer Pflichterfüllung.

Im Betrieb der Firma Martin Wagenstecher war er seit 18 Jahren als Vertrauensmann des Verbandes tätig. Durch das Vertrauen seiner Mit Kollegen wurde er seit 1920 ununterbrochen in den Betriebsrat gewählt. Es war undenkbar, ohne August Breuß den Betriebsrat zusammensetzen.

Ein alter Kämpfer, ein eifriger Werber für den Verband, ein wahrer und aufrichtiger Freund der Arbeiterklasse hat die Augen für immer geschlossen. Wir werden aber in seinem Geiste weiterarbeiten.

### Gleitwisch-Hindenburg.

Die Erwerbslosen- und Krankenunterstützung für die Mitglieder aus Gleitwisch und Umgegend wird Sonntags von 10 bis 11 Uhr im Lokal von Ziska (Gleitwisch-Petersdorf), für den Zahlstellenbezirk Hindenburg und Umgegend Sonnabends von 15 bis 18 Uhr in der Wohnung des Kassierers, Kollegen Richard Wiener, Hindenburg, Rathenaufstr. Nr. 16, Block D, ausgezahlt. Die Sozialistenunterstützung wird am Schluß jedes Monats durch den Kassierer gezahlt.

### Ausschlüsse.

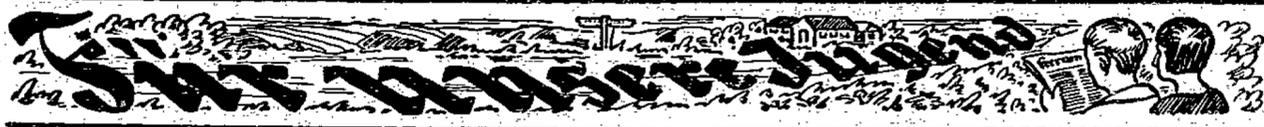
Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Labes, Robert Bengler, Buch-Nr. 8 II 723 384, und Zahlstelle Ansbach, Heinrich Sautte, Buch-Nr. P 25 025.

### Dank.

Für die mir anlässlich meines 25jährigen Dienstjubiläums in so reichem Maße zuteil gewordenen Gratulationen und Ehrungen sage ich hiermit allen Kolleginnen und Kollegen meinen herzlichsten Dank. Otto Frenzel.

### Arbeitsmarkt.

(Inserate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)  
Erfahrener Vater mit langjähriger Praxis für Wirtschaftsprüfung sucht. Angebote an die Glaswerke Ruhr Aktiengesellschaft G. I. e. n. - S. a. r. a. p.  
Ein Gehilfe zum Vorstreichen und Mogen, auch als Maschinengasanzünder, sucht Stellung. Angebote unter „F. 18“ an den „Keramischen Bund“ erbeten.  
Tüchtiger, lediger Porzellanschleifer, in allen Arbeiten der Porzellanbranche bewandert, sucht sofort Arbeit als Porzellanschleifer. Angebote an Fritz Raucher, Porzellanschleifer, Rauenstein i. Thür., Lange Gasse 4.  
Zwei tüchtige, perfekte Bodenabzieher für sofort gesucht. Offerten sind zu richten an den Vertrauensmann G. r. u. s. d. e. W. e. l. s. o. w., Nieberlauff.  
Währiger Glaschleifer, gut eingearbeitet in Tief- und Flachschliff, sucht für sofort Stellung. Gesl. Angebote sind unter Erich Weiß, Bezirkszahlstelle Hirschberg, erbeten.



## Gewerkschaftliches Jugendtreffen.

Die Jugendgruppen unseres Verbandes von Nürnberg-Fürth haben über die Osterfeiertage der Verbandsjugend Weiden-Neustadt W. N. einen Besuch abgepflegt. Bereits am Sonnabend trafen die Mitglieder der Jugendgruppe Nürnberg mittels Lastauto in Weiden ein, denen die Führer mit den Abendzug folgten. Die Zahlstelle Weiden veranstaltete zu Ehren ihrer jungen Gäste im Schützenhaus eine Begrüßungsabend, umrahmt von musikalischen Darbietungen mit Gesang, rhythmischen Tänzen und Reigen der Jugendgruppen Nürnberg und Fürth. Im Zuge fanden sich die vielen Jungen und Mädchen zur freundschaftlichen Geselligkeit zusammen. So konnte dank des Zusammenwirkens der auswärtigen und einheimischen Jugend den übrigen Gewerkschaftsfreunden ein genussreicher Abend geboten werden.

Kollege Wagner behandelte in seiner Begrüßungsansprache die hohe Bedeutung der gewerkschaftlichen Forderung für die Arbeiterjugend. Ausgehend von dem Wort des Professors Sembart: „In der modernen Industrie muß der Arbeiter seine Seele in der Garderobe abgeben“, behandelte er die große Gefahr des kapitalistischen Zeitgeistes für den Aufstieg der menschlichen Natur. Der Mensch vom Kind zum Industriearbeiter und der dem jungen Menschen inwohnende Selbsterziehung, darf von den Erwachsenen nicht verkannt werden. Denn aus dem Geist von heute wird der von morgen, ebenso wie der Geist von heute aus dem von morgen geworden ist. Unsere Jugend wird der Träger des Geistes von morgen. Der kapitalistische Zeitgeist ist verortet im Jagen nach Geld. Damit laßt er sich den Preis seiner Würde, sein Gewissen — Kopf und Hand. Aus dem Geräusch der Maschinen, dem Surren der Räderwerke, der rumpeligen Luft, dem Lärm der Fabrik, dem Leben voll innerer Not und Unruhe, kann der junge Mensch nie die Ruhe für seine Aufgabe der Zukunft finden. Will er nicht ein Knecht der Fesseln seiner Zeit bleiben, dann muß er durch die Schule der Gewerkschaft schrittweise zur geistigen Entwicklung geführt werden. Hebung des durchschnittlichen Kulturzustandes des Gesamtvolkes ist und bleibt unsere Aufgabe. Im Kampfe dieser Kulturmission benötigen wir auch die Mitarbeit unserer Jugendvolkes. Die geistige, Kräfte zu stärken und den Zusammengehörigkeitsgeist im Herzen unserer Gewerkschaftsjugend zu vertiefen, ist Zweck und Aufgabe des Jugendtreffens.

Kollege Hermann, Nürnberg, dankte für die freundliche Aufnahme die ihm und seinen übrigen Kollegen in Weiden zuteil wurde. Es gilt die Freundschaftsbünde, die anfänglich des Jugendtreffens in Rothenburg a. d. F. im vorigen Jahre geschlossen wurden, noch enger zu knüpfen. Mit dem Generalsekretär der Jugend ist es allein nicht getan. Der Gesichtskreis muß durch wirtschaftliche Erkenntnisse erweitert werden. Nebenher erkennt man, daß sich die Direktion der Firma Tafelberg- und Spiegelglasfabriken A. G. in Weiden bereit erklärte, der Verbandsjugend die Beschäftigung des modernen Ziehglasbetriebes zu gestatten. Wenn der Gewerkschaftsjugend mancher schon geboten werden kann, was früher nie der Fall war, so soll

sie daraus lernen, wie notwendig der organisatorische Zusammenschluß der Arbeiterschaft ist. Vieles Notwendige gilt es noch zu erkämpfen.

Nach Schluß des Abends konnten die Gäste in Freiquartieren untergebracht werden, wofür wir auch an dieser Stelle für die erwiesene Gastfreundschaft bestens danken.

Wenn die jugendlichen Gäste bei ihrer Ausfahrt trotz strömenden Regens sich nicht abhalten ließen, nach Weiden zu kommen, so ließ die Einsicht des Wettergottes doch nicht auf sich warten, denn am strahlenden Sonntagmorgen trafen sich die Jugendgruppen in voller Frische unter Leitung ihrer Führer pünktlich am Sammelort.

Wandern! Das bedeutet Revolution im Alltag, das bedeutet kurzes, aber frohes Freiwerden langgefnehter Rüste und Flucht aus grauer Gemohnheit. Ueber grüne Matten wandern wir hinaus in den jung erwachenden Tag, begrüßt und geliebt von den ersten Sonnenstrahlen.

Wir bestiegen den Aussichtsturm. Tief unter uns liegen die Türme der Stadtkirche Weiden und die Schornsteine der Porzellan- und Glasfabriken, wo das harte Schicksal des Proletariats zu grauer Trostlosigkeit sich wandelt. In unteren Treppenbecken fällt ein Wermutstropfen: Wo sind sie alle, die vielen, jungen Arbeitskameraden und -kameradinnen? Weshalb schliefen sie sich der gemeinschaftlichen Wanderung nicht an? Fühlen sie die Fesseln des Alltags weniger hart als wir? Arme Proleten —

Und weiter ziehen wir zur Blochhütte am Fischerberg. Bei frühlichem Gesang und Spiel vergeht die Zeit im Meilenritt. Bald heißt es: Sammeln und Abmarsch nach Neustadt als Endziel des Tages.

Mit frischen Marschliedern geht es abends 7 Uhr durch Neustadt auf dem Abendritt ins „Weiße Röhl“, frühlich begrüßt von den dortigen Kollegen. Hier herrscht bald ein reges Leben. Nachdem der Jugendleiter, Konrad Kamm, namens der Neustädter Ortsgruppe an die erschienenen Gäste warme Worte des Willkommens gerichtet, ergriff Gauleiter Kollege Meier, Nürnberg, das Wort. Seine Ausführungen gipfelten in der ersten Mahnung zum geschlossenen Handeln. Vieles bedarf noch der Bearbeitung, um zu jener Höhe zu kommen, die wir erreichen müssen. Hier darf kein kleinlicher Geist uns zurückhalten, wo es gilt, für eine große Idee der Arbeiterklasse einzutreten. Im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands ringen wir gemeinsam, jung und alt, Mann und Frau, um völlige Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Reichen Beifall sollte die Verammlung diesen vortrefflichen Worten.

Der Ostermontag fand die Jugend wieder geschlossen in Weiden. In drei Gruppen ging es an die Betriebsbeschäftigung der Ziehglasanlage. Mit lebhaftem Interesse verfolgten die Besucher die instruktiven Ausführungen des Vorkamms dieser Produktion. Es muß der Direktion dieser Firma hoch angerechnet werden, daß sie sich persönlich um die Führung so

warm angenommen hat und allen Teilnehmern umfassenden Einblick verschaffte. Nach der Betriebsbesichtigung und dem Mittagstisch kam allmählich der Aufbruch. Mit neuem Kampfesmut und Arbeitsenergie erfüllt, geht es hinauf auf den Kastwagen, der reichlich geschmückt mit roten Bannern und Bändern unsere jungen Freunde und Freundinnen wieder heimwärts bringt.

Wäge unser Jugendtreffen, verbunden mit seinen Beratungen, unserem Verband zum Segen gereichen, möge der Geist der Einigkeit und Brüderlichkeit immer so über uns walten, wie wir es während dieses Treffens gelobten, dann wird der Siegeslauf unseres Verbandes seinen Fortgang nehmen, zum Wohle des einzelnen und dem der Gesamtheit.

Jos. Wagner.

### Reichskonferenz der SAJ.

Die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands hatte für den 18. und 19. April 1930 ihre Achte Reichskonferenz einberufen. 132 stimmberechtigte Vorkämpfer und 14 stimmberechtigte Wäbels waren dem Rufe nach dem alten Städtchen Lüneburg gefolgt. Im großen Saale des Volkshauses wurde die Konferenz von dem Genossen Ollenhauer eröffnet. Er wies darauf hin, daß wir auch in diesem Jahre und zu dieser Konferenz zusammengekommen seien, um ein gut Stück Arbeit für unsere Mitglieder draußen im Reich zu leisten, dessen Vertreter wir sind, deshalb wollen wir uns nicht in schönen Worten ergehen, sondern uns an die Wirklichkeit halten. Nachdem er die große Zahl von Namen der nationalen und internationalen Vertreter verlesen hatte, begrüßte er alle Anwesenden, indem er seine Freude für das entgegengebrachte Interesse zum Ausdruck brachte.

Als Vertreter der Arbeiterschaft, Stadt und Regierung Lüneburg begrüßten die Reichskonferenz der Vorkämpfer der SAJ, der Freien Gewerkschaften und der Partei, der Vertreter des Magistrats und der Präsident der Regierung mit herzlichen Worten und diesem Interesse.

Für die Internationalen Vertreter sprach Genosse Hansen-Dänemark. Ich übermittle euch die herzlichsten Grüße und herzlichen Dank für eure opfernde Mitarbeit. Ihr habt immer den größten Kontingent geliefert und durch das große Entgegenkommen eures Verbandes ist es uns möglich geworden, unsere tägliche Arbeit auszuführen. Ihr habt damit ein praktisches Beispiel zum Internationalismus gegeben, das allen anderen Verbänden zum Vorbild dienen möchte, Internationalismus in der Tat, das ist was wir heute brauchen, darum weiter.

Max Westphal als Vertreter des Parteivorstandes begrüßte uns mit der Parole „Gäste aller Konferenzen organisiert euch!“ Unter diesem Motto haben wir uns zusammengeschlossen, und ich begrüße euch im Namen aller 21 vertretenen Organisationen. Wir beweisen durch unser Vorhandensein unsere Bereitschaft, immer mit euch zusammen zu arbeiten. Das wollen wir nicht nur heute zum Ausdruck bringen, sondern auch in Zukunft durchführen.

Ein donnerndes „Freundschaft!“ beendete die Begrüßungen, und nun bekam Käthe Fröhrodt-Berlin das Wort zu ihrem Geschäftsbericht. Sie konnte von einer guten Auswärtsentwicklung berichten und bewies diese Behauptung mit einer Zunahme in den letzten zwei Jahren von 7000 neuen Mitgliedern, so daß der Verband nunmehr die Zahl von 56 000 erreicht hat. Nicht nur von einer guten Auswärtsentwicklung können wir berichten, sondern wir müssen auch davon sprechen, daß unsere Arbeit sich vertieft. Hier berichtete sie über die Art und die große Zahl der Veranstaltungen, bei denen die ernstesten und lehrreichen bald die heiteren und gefelligen überstiegen. Enorme Zahlen wurden genannt über die Eröffnung der Teilnehmer, und das ist wohl das Furchtbarste an der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung, daß sie mit ihren Vorbereitungen weiteste Kreise erfasst. Als Hauptveranstaltungen müssen wir erwähnen unseren Reichsjugendtag in Dortmund, den Jugendtag in Wien und zwei Bezirksjugendtage, die durch ihren guten Besuch und die Ausgestaltung Meilensteine für den Sozialismus waren. Ein sehr gutes Zeichen für unsere Arbeit ist, daß man mehr davon abkommt, immer nur neue Ortsgruppen zu gründen, sondern mehr auf die Entwicklung der bestehenden achtet. Den kleinen Rückgang bei den Wäbels können wir sicher bald aufholen durch eine entsprechende Arbeitsumstellung. Dadurch wird es uns auch möglich sein, weitere Wäbelskreise zu erreichen. Ebenso wichtig ist, bei der Zukunftsarbeit die Väter- und Jüngerarbeit weitgehend zu berücksichtigen. Die Väter- und Jüngergruppen werden uns hierbei sehr gute Dienste leisten. Sie stellt zwischen Väter- und Jüngerarbeit eine sehr gute Ergänzung dar. Ein weiterer Fortschritt ist, daß man sich mehr und mehr bemüht, die 18-Jährigen der Partei zuzuführen. Zu erwähnen ist noch die gute Zusammenarbeit in vielen Orten mit anderen sozialistischen Jugendorganisationen. In einzelnen Orten ist man sogar zur Gründung von Kartellen geschritten, die ein Nebeneinanderarbeiten ausüben.

Genosse Albrecht-Berlin berichtete über die Unternehmungen des Verbandes. Er konnte nicht nur von guten Kassenverhältnissen, sondern auch von einem guten Umsatz des Arbeiterjugendverbandes berichten. Eine weitere Steigerung können wir erfahren, wenn wir mehr Solidarität unseren eigenen Organisationen gegenüber bringen. Die Aufklärung unserer Funktionäre muß hier einlehen. Die Zeitschriften „Die Arbeiterjugend“ hat eine Erhöhung von 8000 und „Der Führer“ um 650 Exemplare erfahren, so daß jetzt 53 000 „Arbeiterjugend“ und 4750 „Führer“ gelesen werden. Auch hier bitte ich euch, draußen im Reich dafür zu sorgen, daß der Umsatz sich im kommenden Jahre weiter erhöht.

Der Genosse Schröter bittet dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

An den Bericht über die Presse, den der Genosse Gustav Weber gab, wurde die politische Erziehungsarbeit des Verbandes behandelt. Der Genosse Weg als Mitglied des Sachausschusses für Bildung und Erziehung erstattete über die geleistete Arbeit Bericht und legte die mit dem Vorstand zusammen ausgearbeiteten Richtlinien über politische Erziehungsarbeit vor, die gegen die Stimmen der sächsischen Genossen angenommen wurde.

Unter den angenommenen Anträgen ist wichtig zu behandeln der Antrag des Hauptvorstandes, in dem die Forderungen der arbeitenden Jugend wie:

1. Verabschiedung eines Arbeitsschutzgesetzes, das den allgemeinen Jugendschutz, die Arbeitszeit und die Urlaubsfrage entsprechend den Forderungen der sozialistischen Jugendorganisationen.
2. Ausreichende Hilfe für die erwerbslose Jugend, wobei auf weitgehende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung besonderes Gewicht zu legen ist. Berücksichtigung der Jugendlichen unter 21 in der Krisenunterstützung.
3. Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes unter Berücksichtigung der Abänderungsdränge.
4. Bereinigung des Bildungsmonopols der Besitzenden.
5. Förderung aller Bestrebungen zur Schaffung einer Erholungsstätte erwerbstätiger Jugendlicher durch Reich, Länder und Gemeinden.
6. Bereitstellung ausreichender Mittel zur Förderung der Jugendpflege durch Länder und Kommunen.
7. Förderung des Baues von Jugendheimen, zusammengefaßt sind. Der Antrag wurde von der Konferenz einstimmig angenommen.

Die Sonnabendarbeit wurde mit dem Referat des Genossen Ollenhauer „Unsere Aufgaben im Kampf um die Jugend“ eröffnet. In einem einhalbstündigen Vortrag zeigte er den Weg der Jugend, wie sie immer mehr in den Vordergrund getreten ist und wie sich damit das Interesse an der Jugend immer mehr steigerte, bis es sich zu einem offenen Kampfe um die Jugend auswirkte. Ueberall räumt man heute der Jugend Rechte ein, die man ihr früher absperrte. Man stellt sich syste-

atisch um auf die Interessen der Jugend. Kommt ihr entgegen, um sie zu halten. Diese Bestrebungen kann man nur verstehen, wenn man sich überlegt, daß die Jugend heute ein großer und wichtiger Faktor innerhalb unseres Volkes darstellt, den man nicht mehr übersehen kann. Bei der letzten Volkszählung hatten wir 9 Millionen junge Menschen zwischen 14 und 21 Jahren. In unserem Bevölkerungsaufbau ist eine große Wende entstanden durch den Krieg. Es fehlt die mittlere Generation. Dadurch kommen die jungen Menschen früher in entscheidende und verantwortliche Stellen. Daher schon von oben herab die erhöhte Bedeutung. Die Zahl der Schulentlassenen hat sich von 1,2 Millionen auf 650 000 vermindert. Diese Bevölkerungsmomente sind es, die das Interesse und den Kampf um die Jugend entschärfen. Das Wort „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ gewinnt immer mehr an Bedeutung, es ist zur Wahrheit geworden. In diesem Kampf spielt eine große Rolle die erwerbstätige Jugend, die eine Zahl von 7,2 Millionen zwischen 14 und 18 Jahren erreicht. Die wirtschaftliche Bedeutung ist damit gegeben, und kann man verstehen, daß die Arbeiter heute nicht nur die Arbeitskraft wollen, sondern auch einen Kampf um die Seele des jugendlichen Führer, um ihn ganz besitzen zu können. Die politische Bedeutung ergibt sich, wenn man berücksichtigt, daß durch die Herabsetzung der Wahlgrenze von 24 auf 20 Jahre die Jugend früher in das politische Leben einbezogen wird. Bedeutung gewinnt sie dadurch, daß, wenn die Wahlen regelmäßig alle vier Jahre stattfinden aus den Reihen der Jugend drei Millionen neue Wähler kommen. Ein Drittel aller Wähler würde die Jugend stellen, wenn sie alle wählten.

Dies ergibt, daß die Jugend in Wirtschaft und Politik ein stärkerer Faktor geworden ist. Wir müssen uns an den Kampf um die Jugend aktiv beteiligen. Nicht mit Schlagwörtern und hohen Versprechungen wollen wir den jungen Menschen erzwingen, wie es die anderen tun, sondern eine gute Grundlage ihm geben, damit er nicht den Glauben verliert an die Politik. Verantwortliche Erziehung heißt, einen Kampf führen gegen jeden politischen Schlagwortbalkismus und Phrasologie. Den jungen Menschen müssen wir erschaffen und ihm zeigen, daß ein großer Kampf unserer wartet, den wir gemeinsam führen. Männer, Frauen und Jugend der Arbeiterklasse.

Dem Antrag, das Referat in einer Broschüre herauszugeben, wurde stattgegeben. Die Kritik der sächsischen Genossen wollte nicht die Ausführungen, sondern nur die politische Richtung treffen.

Im weiteren Verlauf wurde noch das Reichszetttage 1931 von dem Genossen List behandelt. Genosse Erich Ollenhauer wurde mit 93 Stimmen wiedergewählt. Genosse Lipinski erhielt 50 Stimmen. Der übrige Vorstand setzt sich zusammen aus den Genossen: Edith Baumann, Georg Albrecht, Ludwig Diederich und Erich Lindstedt für Berlin, Willi Wradmann, Bremen, Arthur Groß, Arthur Kunze für Mitteldeutschland, Emil Düls für Süddeutschland, Alfred Weg für Ostdeutschland und Erna Schlingmann für Westdeutschland. Die Konferenz wurde gegen Abend mit der Aufforderung, weiter für die Idee zu arbeiten und zu werben mit „Freundschaft“ geschlossen.

Käthe Richter-Schmidt.

## Unsere Frauen u. Mädchen

### Wohnungsnot und Gebärzwang.

Es ist statistisch erwiesen, daß die Geburtenquote der deutschen Großstädte unter den Stand von Paris und London gesunken ist, daß Berlin in der zivilisierten Welt den niedrigsten Geburtenstand hat; New York, Tokio, Moskau haben 20 bis 80 Geburten je Tausend Einwohner, London 17, Paris 16 und Berlin 10 (9,9) d. h. Berlin hat noch nicht zwei Drittel der Pariser oder Londoner Biffen und knapp ein Drittel der Moskauer.

Wenn schon die Großstadtbiffen nicht maßgeblich sein können für das ganze deutsche Volk, weil ja nur 45 von den 63 580 deutschen Gemeinden Großstädte sind, und weil von den etwa 63 Millionen Deutschen nur etwa 17 Millionen (etwa 27 Proz.) in Großstädten leben, so haben sie doch ihr Gewicht in Anbetracht der zunehmenden Verstäblichung der Bevölkerung. Ich bezweifle aber stark, daß die Verminderung der Geburten auf Wohnungsmangel und Wohnungsnot zurückzuführen sei.

Schon in der älteren soziologischen Literatur ist die Auffassung vertreten, daß die Entwicklung des Nervensystems und der geistigen Tätigkeit in umgekehrtem Verhältnis zur Fortpflanzungsfähigkeit stehe, — daß die Menschen sich umso weniger vermehren, je mehr sie sich geistig entwickeln (Caren Spencer). Die Reichswohnungszählung von 1927 ergab, daß rund 50 Proz. aller kinderreichen Familien (mit 4 und mehr Kindern) dem Arbeiterstande, 25 Proz. der Beamten- und Angestellten, 14 Proz. selbständigen Berufen und 2 Proz. freien Berufen angehören.

Die Tatsache, daß die Kinderzahl der geistigen Arbeiter um vieles geringer ist als die der körperlichen Arbeiter, und daß sie sich in dem Maße verringert, wie die Lebenshaltung der Familien zivilisatorisch verfeinert, und ihre wirtschaftliche Lage, ihre soziale Stellung gehobener ist, — diese Erscheinung bezeugt es, daß bessere Wohnungsverhältnisse an und für sich nicht Vermehrung der Geburten zur Folge haben. Nicht in modernen Einfamilienhaus- und Gartenstellungen leben wir die kinderreichsten Familien, sondern in Mietskasernenquartieren der Industriezentren. Der Kinderreichtum der landwirtschaftlichen Familie liegt nicht in den Wohnungsverhältnissen, sondern in den arbeitswirtschaftlichen Verhältnissen begründet.

Dagegen sind Geburten umso häufiger, je enger und weniger getrennt nach Geschlechtern die Menschen beieinander hausen, — je geistig bedürfnisloser und wirtschaftlich ärmer und kulturell rückständiger sie, je derelater ihre Wohnungsverhältnisse sind. Über der Kinderreichtum der armen Leute ist kein gewollter. Diese Kinder sind zumeist in Angst und Sorge — oft genug gezeugt im hemmungslosen Mangel, empfangen in ungeeigneter Sinnlichkeit, wie sie in überbelegten Schlafstuben der Proletarierwohnungen entsteht. Gelegenheits- und Zufallskinder. Gezeugt in Ueberrettung, in Zwangsbeziehung, oder Zwangsbeziehung. Nicht Wert gewollt schöpferischen Liebesaktes zweier Menschen, die sich geistig, erndet, gefunden und gewährt (!) haben. Sie erblicken das Licht der Welt als unliebbare Gäste und würden es nie erblickt haben, wenn nicht der § 218 StGB, Erzeuger und Mütter davon zurückschreckte, das keimende Leben abzutöten. Früchte des Wohnungsselesens. Und das Wohnungsselesend beherrscht ihre Kindheit, ihre reifere Jugend, ja zumeist ihr ganzes Leben. Es drückt ihnen keinen häuslichen Stempel auf.

Wohnungsselesend wirkt nicht geburtenhemmend. Es verhindert oder erschwert die freie Selbst-

bestimmung der Zeugung. Es erhöht die Gewalt der Verhältnisse, entwarfnet die Tugend und weicht rohe Sinnlichkeit bis zur Hemmungslosigkeit. Es verwandelt Liebe in Wier, entbehrt die Leidenschaft der Liebe und verhindert geradezu deren edle Steigerung bis zur vollendeten Reife der freigeuollten Zeugung.

Wirkt Wohnungsselesend geburtenfördernd; so aber zweifellos ganz und gar widersprechend einer vernünftigen, humanen, sittlichen Ueberlegung der zeugenden und gebärenden Individuen und im Gegensatz zu einer vernünftigen Bevölkerungspolitischen Sozialpolitik und rationalen Wirtschaftspolitik. Denn Ziel einer solchen Politik ist möglichst hohe Geburtenzahl bei Steigerung der Qualität. Nicht blinde Stückzahlzählung sondern Persönlichkeitswertzählung. Auch im Interesse der Wirtschaft, auch im Interesse der Industrie. Die deutsche Industrie kann nur durch Qualitätsarbeit den Weltmarkt zurückerobern. — Also fordern wir Zeugungsbeschränkung und -regulierung.

Menschen sollen nur freiwillig und wohlüberlegt zur Welt gebracht werden. Darum auch hinweg mit dem § 218 StGB! Empfängnisse, die nur aus Zufälligkeiten, aus nervöser Ueberrettung hervorkommen, sollen — sofern dies der Wille der Frau ist, beschränkt werden können, ohne daß dem Helfer wie der Gehobenen Gefährnis oder Buchausbruch. Leben soll, was nach dem persönlichen Willen des Erzeugers und der Begatteten leben soll. Unmöglich ist es, Menschen durch strafrechtliche Drohung zu zwingen, ein Kind zur Welt zu bringen, und erst gar unsittlich ist es, sodann diesem, gegen den Willen seiner Erzeugers und der Mutter geborenen Kinde nicht alle Vorbedingungen einer gesunden Aufzucht von vornherein von Staats wegen zu sichern. Denn der Wille, ein Menschenleben zu werben zu lassen, ist letztlich für dieses Menschenleben verantwortlich. Liegt dieser Wille aber nicht bei dem zeugenden oder gebärenden Individuum, sondern beim Staat, so trägt auch er, „Vater Staat“, die väterliche und zugleich mütterliche Verantwortung für das Kind; und es ist im höchsten Grade unsittlich vom Staat, diese Verantwortung nicht ganz und gar auf sich zu nehmen. Solch ein Kind ist ein Staatskind und lebt — moralisch betrachtet — ganz und gar zu Lasten des Staates, der seine Geburt durch graumame Strafanordnung erpreßt hat.

Es gibt nicht nur ein Recht auf Leben, es gibt ein nicht weniger sittliches Recht auf Lebensverweigerung. Das eine wie das andere ist Recht schon des Ungeborenen. Mit dem ersten Schrei des neugeborenen Menschen meldet er seinen Rechtsanspruch darauf an, daß ihm die äußerlichen Möglichkeiten gewährt werden, teilzunehmen an all den Lebenserleichterungen, die die menschliche Gesellschaft geschaffen hat. Dieser Rechtsanspruch trifft die Willensinstanz, die es bewirkt hat, daß ein Mensch geboren wurde. Weisheit dies gegen den Willen der natürlichen unmittelbaren Lebensgeber, nur kraft strafrechtlichen Zwanges, so trifft dieser Rechtsanspruch den Urheber und Träger solchen Zwanges, den Staat. Die Gesellschaft, die Staatliche Fürsorge, haftet dem Neugeborenen dafür, daß er teilhabe an all den Glücksmöglichkeiten des gesellschaftlichen Daseins.

Erster Anspruch ist aber der auf ein schützendes Heim. (Schluß folgt.)

## Deutschland hat noch kinderreiche Familien.

Deutschland ist, wenn man den Statistiken glauben darf, ein Land, dessen Geburtenabnahme in den letzten Jahren zu den größten Besorgnissen Veranlassung gibt. Unwiderklicher ist eine Feststellung, daß es auch bei uns in Deutschland immer noch ungewöhnlich kinderreiche Familien gibt. Allerdings dürfen diese nicht in der Großstadt gesucht werden, wo die Wohnungsnot und die sozialen Mißstände zu einer starken Beeinträchtigung der Geburtenzahl die Ursache sind. Vor kurzer Zeit wurde nach einem bekannten Bericht von der Provinziallebensversicherungsanstalt in Westfalen die Absicht ausgesprochen, die 50 kinderreichsten Familien in irgendeiner Form zu belohnen. Es war nun nicht leicht festzustellen, welche Familien in Betracht kamen, denn der Kinderreichtum ist zwar in den Listen der Standesämter verzeichnet, sonst aber über die engsten Grenzen der Heimat kaum bekannt. Schließlich gelang es tatsächlich nach vieler Mühe, 50 Familien festzustellen, die wohl mit Zug und Recht als die kinderreichsten angesehen werden können, denn diese 50 Familien haben nicht weniger als 900 Kinder aufzuweisen, so daß im Durchschnitt auf jede Familie 18 Kinder entfallen. Der größte Teil der Väter besteht aus Arbeitern, denn von den 50 kinderreichen Familien sind 20 Arbeiterfamilien, 18 Väter sind Bauern oder landwirtschaftliche Arbeiter, 8 entstammen dem Landwerkerberuf und 4 sind untere Beamte. Kaufleute und Akademiker waren unter den Familien, die über 14 Kinder haben, nicht aufzufinden. Offenbar ist der Kinderreichtum auch heute noch eine Begleiterscheinung der ärmeren Klassen. Unter den Familien waren auch solche mit 19 Kindern vorhanden. Die tüchtigen Eltern zeichneten sich übrigens nicht nur durch den Kinderreichtum aus, sondern auch durch das gesunde Blut, das sie ihrem Nachwuchs vererbt haben. Von den 900 Kindern sind nämlich nur 97 gestorben. Wenn man davon noch fünf abzieht, die im Felde gefallen sind,

so bleiben 803 Tote, also eine verhältnismäßig sehr geringe Anzahl. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß der Anteil der Knaben und Mädchen ziemlich gleich ist, denn von den 900 Kindern sind 448 Knaben und 442 Mädchen. Die Kinder selbst haben bisher allerdings noch nicht so große Familien wie ihre Eltern aufzuweisen. 140 sind verheiratet, und diese haben bisher wiederum 300 Kinder, so daß auf je einen rund zwei Kinder entfallen. Offenbar aber sind sie noch jung verheiratet. Die 900 Kinder entfallen auf alle Lebensalter. 50 Proz. stehen noch im jugendlichen Alter und sind noch nicht erwerbstätig. Durch diese Feststellung wird auch eine allgemeine Anschauung, daß die kinderreichsten Familien auf dem Lande zu finden sind, widerlegt. Die großen Städte sind allerdings, wie wir bereits bemerkten, der großen Kinderzahl nicht besonders reichhaltig. Aber die deutschen Kleinstädte machen offenbar dem Lande erfolgreichen Wettbewerb, denn von den 50 kinderreichen Familien wohnen genau 25, also die Hälfte, in den Industriegebieten Westfalens, während 25 aus ländlichen Bezirken stammen. Es wäre interessant, eine gleiche Erhebung auch in anderen deutschen Gebieten zu veranstalten, um festzustellen, welche Gegend Deutschlands die kinderreichste ist, und welche auf der anderen Seite sich wiederum durch eine geringe Nachkommenschaft besonders bemerkbar macht. Man darf allerdings nicht übersehen, daß es sich hierbei nur um Höchstwerte handelt, also um ungewöhnliche Verhältnisse, die für die allgemeine statistische Betrachtung keine einschlägigende Bedeutung besitzen. Als außergewöhnliche Erscheinungen in unserer kinderarmen Zeit können sie aber auf das allgemeine Interesse Anspruch erheben. Unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes erscheint auch ein Vergleich der verheirateten deutschen Landestteile und ihrer kinderreichsten Familien von Wert zu sein.

# UNTERHALTUNGSKUNSTWISSEN

## Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Dann schnitt schon der Wald in die Dorfmarkung hinein und füllte den vor einigen Jahren verlassenen Besitz zweier Häusler aus. Dahinter marschierten dann, vollgepfropft mit Menschen und Menschlein: Bauer Kärge, Anton Dubeck, der Woroowor, Gismilcher, Waldarbeiter Krüger, Tagelöhner Weidinger, Schuster Eimel, Bauer Günther, der awansta Morgen bewirtschaftete, Bauer Michael, Schweinebauer genannt, Häusler Grünpeter und Ruhme Mieta Wolsch, die Venus der schenkbaren Liebe, die Jungengewandte, die Matgerberin in tausend Lebensgeschichten und Kindbettshelferin.

Die Woroowor mit allen ihren Zweigen können dem Vaterlande bequem ein Armeekorps stellen, philosophierte oft genug Jaschu Gonschorech in der Dorfschenke und begann mit Hilfe der Finger aller um den Tisch Sitzenden eine große Anrechnung. „Woroowor hat in hundert Schlachten Sieg oder Niederlage erlitten. Unter Blut ist's das für andere nicht. Der gnädige Herr Graf stiftet gerade einen einzigen für die Schlacht. Alle dreißig Jahre ist dort ein einziger neuer Friede. Die Woroowor...! Man sollte einmal Ruhme Mieta Wolsch fragen...“

„Man müßte das einmal dem Kaiser auf die Nase binden“, riet im Eifer und Stolz Jakob Christmann, „für jeden Jungen ein Goldstück...“

„Willst du nicht für jedes Kind Soldatenlöhnung?“ spottete ein anderer, „dann verleiht du dich mit deiner Frau überhaupt nur aufs Kinderfrühen und machst aus deinen sechs Morgen eine Koppel zur Karnickelzucht!“

In der Güntherhofs Wirtschaft, der weitgrößten im Dorfe, verlebte Andreas Birkenbusch, der Woroowor Findling, seine Jugend. Unterm Dache, neben dem Heuboden, lag die Kammer, die er mit Suschka, der Magd, teilte. Die kleine Kammer war neben der Küche und dem Wald seine Welt. Hier schliefte er hin, wenn die Freundschaft mit Jaschu Gonschorech, der sich sonst nicht mit Kindern abgab vor die Hunde gegangen war. Hier stand er am kleinen Dachfenster und sah über die Kiefernspitzen in die Weite und fragte sich hungrig und launisch: „Wie mag die Welt dort draußen sein? Was mögen dort für Dinge zu schauen sein, für Menschen leben? Man kann dem alten Jaschu nicht in allen Dingen glauben. Er lügt und erfindet...“

Und beim Aelterwerden war ihm oft der Gedanke gekommen: „Ich baute hier in der Kammer, als sei ich aus dem Güntherhofs und gehöre doch nicht in die Wirtschaft. Zu niemand sage ich Vater und Mutter. Niemand bekennt sich zu mir. Suschka Gonschorech, die Magd, stellt sich wie eine Mutter zu mir, aber ich rufe sie doch nicht so. Weiß Jaschu Gonschorech und Ruhme Mieta Wolsch um mich? Ruhme Mieta Wolsch geht in jedes Haus, wenn ein Kind geboren wird. Sie müßte also auch über mich Bescheid wissen. Aber alle reden dunkel, daß man nicht klug wird...“

„Meine Jugend liegt im Dunkel“, dachte Andreas Birkenbusch über sich selbst, „man findet sich nicht mehr in dem Gewirr durch.“

Das, was er aus den Reden der Leute, aus verlorenen Worten von Mieta Wolsch und Jaschu Gonschorech erfuhr, lärtete nicht auf, sondern schob nur heulende Schreie vor. Besonders der Alte verfolgte in seiner Billigkeit eine besondere Absicht. Andreas Birkenbusch, großgezogen im Haß gegen die Mächtigen und Großen, sollte der Verbreiter der aufklärerischen Gedanken werden, von sich selbst mehr halten, sich aus besserem Blute wähnen und doch nicht recht Bescheid wissen.

„Alzuviel Wissen macht nur unruhiges Blut“, entschuldigte sich Jaschu vor sich selbst, „die Neugier hat Adam und Eva aus dem Paradiese gebracht. Soll ich Andreas in das Dunkel stoßen?“

Das Bild, das sich Andreas Birkenbusch im Laufe der Jahre selbst machen konnte, sah so aus:

In einer fröhlichen Frühlingsnacht sagte der Güntherbauer zu Suschka, der jungen, achtzehnjährigen Magd, die sich mit dem Mädchen an dem großhäufigen Dien warnte: „Draußen winkelt was vor der Tür. Der Hund knurrt auch und zerrt an der Kette. Sieh nach!“

Suschka war aus dem Gonschorechshaus. Jedermann sagte, sie sei die Hübscheste von allen im Dorfe; wenn sie in die Fremde ginge, läme sie schnell zu gutem Lohn und Brot. Und vielleicht wäre auch Suschka Gonschorech, wie alle andern auch, in die Fremde gegangen. In Woroowor gab es keine vergrabenen Dufaten, und mit den Bauern hielt ein Auskommen schwer. Wer brachte auch in Woroowor, wo es so viele Untätige gab, fleißige Hände und kluge Köpfe? Einzig der Güntherbauer, dessen Frau zwei Tage nach der Hochzeit von der Scheunwand herabgestürzt war und seither im Lehnstuhl gelähmt lag. Im Güntherhause fehlten die Kinder und die wirtschaftende Frau. Doch es war nicht jedermanns Sache, sich beim Güntherbauer zu verbinden. Der ging sein Recht mit mürrischem und verdrossenem Gesicht umher, steckte die Hände über bei Ruhme Mieta Wolsch und hatte nur in der Dorfschenke bei Anton Dubeck dann und wann ein breites und lautes Lachen. Und die Bauerin war noch verdrossener, saulte und leute und zählte zu den Geizkrägen in Woroowor. Das galt als die größte Schande. Ein Woroowor gab lieber einen Großen mehr her, als er im Sad trug, als einen zu wenig.

Es wäre der Güntherhof nie zu einer Magd gekommen, niemals auch zu der feinen, hübschen und fleißigen Suschka Gonschorech. Doch der Güntherbauer, der es sich hinter den Dürren hatte verhandelt, Art der Großen. Er fing sich das Fingelein im Haß geübten Neze.

Wie? Dem Häusler Gonschorech gingen schnell hintereinander die Sämeine am Hals an. Denn kreperte die Kuh beim Kalben. Sieh Anglück vertrat die kleine Wirtschaft für... nicht... Das blieb übrig?

Die Woroowor kannten alle den Weg. Er ging über die Hügel, Schanden, Pfänder, Vertaus in die Fremde. Und hier hängte sich auch gewisse Lehren an: Gonschorechbauer ein, der es sich hinter den Dürren hatte. Er gab das Geld und half auch eine ganze Weile, aber Vater Gonschorech mußte versprechen, kein Mädel als Magd auf die Güntherwirtschaft zu geben. Für Vater Gonschorech lag kein Opfer in dem Versprechen. Es ließ sich leicht und bequem geben. Die Mädel, die nach Sachsen gingen, rebeten zwar öfter Vorarbeiten, daß Suschka nicht einfach gehen dürfe. Die Eltern in die Fremde ging. Sie hielt weiter... hier es. Wie lange kann es noch mit der Güntherbauerin dauern? Einmal ist sie für immer einzuschlafen, und dann ist die Suschka Gonschorech in der schönen Wirtschaft. Der Bauer hat es nicht mehr nötig, nächsten an Ruhme Mieta Wolsch ins Bett zu kriechen. Suschka ist jünger und hübscher. Nach ein paar Jahre hin, dann gehen dem Bauer die Augen aus. Zeit war die Suschka erst zwanzig, zwanzigjährig werden: der geht jeder in das Bett nach. Es muß nicht darunter der Güntherbauer sein.

„Auch auf den Heuboden und ins Kornfeld“, warf ein anderer dazwischen und schmalzte lästern mit der Zunge. In solchen Weiberjahren waren die Woroowor gerabens und gerabens mit Wort und Geste.

Der alte Jaschu Gonschorech, der ja stets zu allem auch seine Weisheit zum besten geben mußte, orakelte: „Ich will nichts über ein Mädeln sagen, aber so lange die Welt steht, ist das noch immer wahr gewesen: Es fängt sich jeder in seiner eigenen Schlinge. Der Güntherbauer stellte sein Neze und fing sich eine Magd. Die Magd... Heil!... die fing sich wieder...“

„Einen Anecht!“ fiel ein eitlem Dursch ins Wort und ließ im gebeugten Arm den Muskel springen.

„Hahahaha!“ lachte Jaschu hell auf, „du wärest der Rechte. Wer noch glaubt, daß er ein hübsches Mädel mit dem Armmuskel zur Viehstiege macht, der soll zu den Zuhilffastern gehen. Mit Geld... ja! Mit verliebten Worten... auch! Am sichersten mit dem geschleiten Kopf und einem warmen Herzen, mein Lieber!“

Woroowor ist nicht so groß, daß nicht auch ein jedes Wort zu jedem Ehre kommt. Im Gonschorechshaus wußte man bald Bescheid, und Suschka weinte eine Schirmande nach, um von dem Magddienst loszukommen. Auch der Pastor in Friedrichshammer hörte ein Bröcklein. Suschka Gonschorech ging damals zu ihm in den Unterricht und machte ihm in ihrer stillen, feinen Art viel Freude. Nach dem Abendmahl redete er lange unter vier Augen in ihr Gemüt, nicht vom Trachten nach dem Gute des Nächsten, wie es in den zehn Geboten steht. Davon begriff ein halbwegsiges Mädel nicht viel. Aber von dem Sündigen hinter dem Rücken der gelähmten Bauerin, die ihrem Manne kein Wort bereiten kann, wie es die Ehefrau schuldig ist. Ging nicht der Bauer schon seit Jahren auf schlimmen Wegen? War nicht die Ruhme Mieta Wolsch, auch wenn sie noch so brav in die Kirche kam, die gefährliche Paradieschlange?

Suschka stand vor dem weißhaarigen Pastor und ätzelte vor Scham. Jeder würde sich denken können, warum sie nicht gleich nach der Einsegnung aus der Kirche kam und noch eine Sonderpredigt erhielt. Die Woroowor insgesamt mit ihren lockeren Zungen in diesen Dingen würden zum falschen Verze bestimmt noch eine viel falschere Melodie erdenken.

Darum zog Suschka nach dem Palmsonntag still und verschlossen auf dem Güntherhofs ein. Sie wollte, so ging ihr Entschluß, den Weg, auf den sie der Vater in seiner Bedrängnis gestellt hatte, gehen, so lange das geliebte Geld zu zahlen war. Nicht einen Tag länger. Dann kam die Freiheit. Bis dahin sollte ihr kein lockerer Mund ein Wortlein an den Hofmann hängen können. Vergaß sich der Bauer: Gut! Dann sollte er die Kammertür verschlossen finden oder ihre schwachen Fäuste spüren. Dann kam auch der Tag der Freiheit schneller. Sie selbst wollte sich im Zügel halten und niemals vergessen. Tat

man still und unbedröffen seine Pflicht, dann gab in reines Gewissen einen guten Schlaf. Seidst lange Jahre gehen vorüber.

Die Woroowor irrten sich. Wie. Auch Jaschu Gonschorech. Der zog die Augenbrauen hoch und gestand sich ein: „Es gibt im Woroowor Blut noch viel stolzes Man soll nicht alles gleich zum alten Eisen werfen. Im Guten sich zu täuschen ist besser, als vom Schlechten übertrumpft zu werden. Ich will ein braves Auge auf die Suschka halten. Ein solches Mädellein geht einen schweren Weg. Ruhme Mieta Wolsch darf den Güntherbauern um keinen Preis von der Leine lassen. Sie verleiht's, einen Mann festzuhalten. Sie braucht nur zu wollen. Für den Bauer ist sie auch immer noch gut genug. Die Suschka geht so aus dem Güntherhofs, wie sie hineingegangen ist, oder ich gebe meinen geliebten Schatzpfeil, in dem ich eigentlich begraben sein will, zu Pastor Silbermann in die Armenbeherung.“

Und bei Anton Dubeck in der Dorfschenke schrie er die im lästern Morast wühlenden Durschen an. „Ihr seid mir die Rechte! Eure Beine und eure Gellüste gehen immer nur bis an die Weiberhellen. Wenn ihr die Hälfte eurer Kräfte, die ihr an euren Weibern ausprobiert, auf den Großen verwenden würdet, dann sähet ihr alle nicht auf euren kümmerlichen Landbesitz. Ihr zieht den Weibern nächsten das Heub, der Braut auch am helllichten Tage die Felder und Wiesen unterm Hintern weg. Nehet mir von der Suschka noch ein Schandwürtlein, dann fährt euch meine Kauft in die Rippen doch ihr ein Jahr lang den Lungenhusten ab. Will noch einer was dawider? Schön!... Anton! Stell mir einen Schnaps her!“

Der Güntherbauer brummte nochmals vom Fenster her: „Geh schon, Suschka, und sieh nach! Es steht was draußen vor die Tür!“

Suschka, die kräftelnd am Ofen stand, schreckte aus ihren Gedanken auf: „Wer soll denn draußen sein? Vielleicht ist's ein toller Hund?“

„Sieh nach!“ sagte er kurz.

Suschka ging zögernd nach der Diele. Man hörte ihren vorsichtigen Schritt und das langsame Öffnen der Tür. Auf ihren Schrei: „Bauer! Schnell! Um Gottes willen!“ warf der Großenbauer den Rechen in die Ecke, klopfte sich umständlich die Hute von den Schänen frei und ging mit schwerem stampfenden Schritte nach der dunklen Diele.

„Was ist?“

„Ein Kind!... Ein wirkliches Kind!... Es winkelt!“

Der Bauer strich ein Schwefelholz über das Knie und leuchtete.

„Hiatrew!“ fluchte er, „was soll denn das heißen? Vor einer Stunde bin ich noch über die Schwelle gekommen. Da lag nichts hier.“ (Fortsetzung folgt.)

## Die Kinderhölle des Kapitalismus.

Zur Geschichte der Kinderarbeit.

Der Kapitalismus ist das Böse an sich! Weil sein Wesen der Profit ist, darum kennt er keine wie immer gearteten sittlichen Hemmungen. Alles wird nur unter dem Gesichtspunkte betrachtet, ob und wieviel es einträgt. Und weil zugleich und urfänglich verknüpft das Aufstehen des Feudalismus und das Aufkommen des Kapitalismus zusammenfallen, ergibt sich das traurig-paradoxe Bild, daß — trotz der theoretischen Aufstellung der Menschenrechte und der zur Herrschaft gelangten Demokratie in Europa des ausgehenden 18. Jahrhunderts — das Dasein der arbeitenden Menschheit immer trübseliger und qualvoller wird — nach den Nutzen des Feudalismus werden sie mit den Skorpionen des Kapitalismus geschlagen.

Zu den traurigsten, ergreifendsten und empörendsten Seiten im Buche der Kulturgeschichte, die sich mit den Auswirkungen des Kapitalismus auf den verschiedensten Gebieten des Lebens befaßt, gehört das Kapitel von der Kinderarbeit, die immer mehr zur Kinderhölle werden mußte. Denn als die Maschinen erfunden worden waren, kam man darauf, daß sich nun eine Menge Arbeiten von weniger starken Händen verrichten ließe, als die Männer haben; man begann Frauen und Kinder als Arbeiter in die industriellen Betriebe einzustellen — und eine neue Quälerei begann.

Ende des 18. Jahrhunderts, berichtet John Fielden, entstanden, überall, wo eine Wasserkraft die neuen Maschinen treiben konnte, Fabriken. Dort arbeiteten, in stillen, abgegliederten Zählern, die früher vereinsamt lagen, wo man aber jetzt eine Menge Hände brauchen konnte, Lehrlinge von sieben Jahren aufwärts, die die profitgierigen Fabrikanten aus den Armenverwaltungen von London, Birmingham und sonstwoher bezogen. Wie jämmerlich sie ausgenutzt wurden, kann man sich vorstellen, wenn man hört, daß die Leute in Lancashire zu sagen pflegten, daß dort die Witten nicht läßt würden. Denn kaum war die eine Schicht dieser unglücklichen Kinder zu neuem Tagwerk aufgestanden, so fielen schon die andern von der Nachtschicht erschöpft in diese Betten hinein. Schändlich war es, daß sich die Armenverwaltungen, darunter Parker, zu solchem Sklavenhandel hergaben; aber sie waren froh — wurden sie doch dadurch der Unterhaltspflicht für diese armen Kinder los und lebte, wenn sie sie als Lehrlinge verschickten. Man ist dabei ganz geschäftsmäßig vorgegangen; so z. B. berindarten eine Londoner Pfarrei und ein Fabrikant in Lan-

cashire, daß er auf je 20 gesunde Kinder einen Todten mit in Kauf zu nehmen habe!

Um 1788 arbeiteten in Lancashire bereits neben 28000 Männern und 31000 Frauen nicht weniger als 35000 Kinder in den Fabriken, darunter ein großer Teil unter zehn Jahren! Aber nicht nur in Spinnereien, Kurzwarenfabriken und anderen Betrieben, wo man eine leichte Hand brauchte, wurden die Kinder mißbraucht, sondern auch bei schweren Metallarbeiten, so 1865 in Birmingham, wo neben 16000 Frauen 30000 Kinder „sehr schwere Arbeit“ leisten mußten, wie der damalige Bericht meldet. Und in der Hausindustrie war es um kein Notabesser! Im nämlichen Jahre war es z. B. in Nottingham in der Manufaktur von Spigen üblich, daß die Kinder 15 Stunden arbeiten mußten, und das in engen, stickigen Räumen, stets angetrieben und mißhandelt von den grausamen „Mistressen“ mit ihren langen Stöcken.

Das Durchschnittsalter dieser kleinen Sklaven war sechs Jahre! Aber man ließ auch die kleineren verdienen — und Gott Mammon ließ ebenfalls „die Kleinen zu sich kommen“. In der Spinnenindustrie fanden sich Kinder von 2 bis 2½ Jahren beschäftigt — und in der Phosphorindustrie überhaupt nur solche im jüngsten Alter! Also ein systematischer Kindermord.

Nur eine Zahl aus dem entsetzlich überreichen Material: von den lebendig geborenen Kindern Manchesters starben 57 Prozent vor dem zurückgelegten dritten Lebensjahre!

Da spricht man immer von den Greueln der Französischen Revolution! Aber was waren die nicht ganz 5000 Opfer der Guillotine — noch dazu meist entartete Aristokraten! — gegen die „Menschenopfer unerbört“, die der Kapitalismus vom ersten Moment seiner Ausbreitung an gefordert und bekommen hat!

Es ging in alter Zeit die schauerliche Sage, daß man, um Gebäude fest und dauerhaft zu machen, Kinder lebendig in den Grundfesten einmauerte.

Nun woflan, dies ist Wahrheit geworden, im sogenannten christlich-zivilisierten Europa: Auf Myriaden von Kinderleichen sind die Grundlagen des Kapitalismus errichtet worden! Hedda Wagner.

## Literarisches.

Franken: Vom Werden einer neuen Kultur (Aufgaben der Kultur- und Sportorganisationen). Umfang 88 Seiten. Illustr. Preis kart. 1,50 RM. (Orig.-Ausgabe 1,20 RM.). E. Leubschke Verlag, Berlin W. 30. Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist zu einer mächtigen Kulturbewegung geworden. Die Arbeit der Kultur- und Sportorganisationen hat im letzten Jahrzehnt gewaltig an Umfang und Bedeutung zugenommen. Der Verfasser der vorliegenden Schrift schildert interessant und leicht verständlich die historische Entwicklung der Arbeiterkultur- und Sportbewegung, er weist treffend nach, wie der politische und gewerkschaftliche Kampf der Arbeiterklasse die unmittelbare Voraussetzung für das Wirken der zahlreichen Kultur- und Sportorganisationen zeschaffte hat. Die Arbeitervereinsbewegung bietet heute ein buntes und vielgestaltiges Bild. Vielerorts herrscht noch öde Vereinsmeierei und organisatorische Zersplitterung, die sich mitunter als ernstliche Schädigung der Gesamtbewegung auswirken. Der Verfasser zeigt nach einer allgemeinen Uebersicht über die wichtigsten Züge der Arbeiterkulturbewegung ihren gegenwärtigen Stand und folgert daraus zwingend die Notwendigkeit stärkerer Konzentration. Die vorliegende Schrift sollte in keiner Arbeiter- und Vereinsbibliothek fehlen.

„Der Busch“. Ein neues Buch von B. Travens. Im Jahre 1928 hatte die Deutsche Literatur Berlin einen kleinen Boom. Nachdem von B. Travens unter dem Titel „Der Busch“ herausgebracht. Diese Novellen wurden mit solichem Beifall aufgenommen, daß der Verlag an den Autor mit der Bitte heranzog, die Zahl dieser Kurzgeschichten zu vergrößern, damit die Bücherreihe des „Busch“ als ein Buch der Dreimarkserie herausgeben kann. Travens hat diesen Wunsch jetzt erfüllt, hat das Buch um acht neue Erzählungen, darunter zwei sehr großen, erweitert, und der Verlag konnte das Buch „Der Busch“ um mehr als den doppelten Umfang verstärkt herausbringen. In Leinen, versehen ausgestattet, Preis 3 RM.

Travens beweist mit diesen Kurzgeschichten, daß er nicht nur ein Meister des modernen Romans ist, sondern daß er auch Novellen schreiben kann wie kann ein anderer Schriftsteller unserer Zeit. Fast noch mehr als in den

RC... wird hier seine Gabe sichtbar, mit der größten Einfachheit zu erzählen und dabei doch von größter Anschaulichkeit zu sein und den Leser von einem Spannungsmoment zum anderen zu jagen. Dazu kommt noch sein herrlicher, oft doch halber Witz. Seine Weltanschauung äußert sich in drastischen, verblüffenden Sätzen, die sich einprägen und nicht so schnell wieder vergessen werden. Auch in diesen Kurzgeschichten ist Travens der ewige Rebell. Mit einer Handbewegung stürzt er Götter und Autoritäten, die jahrlang unerschrocken auf ihren Postamenten thronten. Eine dieser Novellen trägt mit „leutlichem“ Gelächter den Titel von der Passage der Diktator, andere beleuchten die feierlichen Feiern der katholischen Kirche in Mexiko mit so hellem Sonnenlicht, daß unter der Oelfarbe das wärmefassende Holz sichtbar wird. Travens erhebt sich zu seiner ganzen menschlichen und schriftstellerischen Größe, wenn er den Vertreter der christlichen Religion und den Vertreter des indischen Naturglaubens einander gegenüberstellt, und in der ganzen Literatur beispiellos ist die Erzählung von dem indischen Arbeiter der seine Uhr verliert und den für solche Hilfeleistungen von der Kirche dazu ansetzenden Heiligen unter dem Versprechen eines Finderlohns beauftragt, ihm seine Uhr zurückzubringen. Nach einer Woche ist der Arbeiter noch ohne Uhr. Er läßt dem Heiligen aus der Kirche und hänt sie zur Strafe in einen Brunnen. Travens fügt hinzu, daß es der Arbeiter ja gut geknallt hat, wie ihm und seinen Mitarbeitern Widerstandigkeit und Ungehorsam von den Großgrundbesitzern ausgetrieben werden. „So“, dürfte sich der Heilige nicht darüber beklagen, daß an ihm verübt wurde, was weder er noch alle Pfaffen je verübt hätten, daß es ein indischer Landarbeiter regelmäßig getan wurde. Und es darf als sicher angenommen werden, würde allen Öktern, Heiligen und Pfaffen das gleiche tun, was man an Arbeitern tut, ganz gleich ob es indische oder europäische sind, so würde die Religion, die derartige Dinge in zweitausend Jahren nicht zu verhalten vermochte wohl schnell abgeändert werden.“

Die große Zahl der Travens-Freunde weiß, was es heißt, wenn wir sagen, daß dieses neue Buch „Der Busch“ wohl das beste aller Bücher Travens ist. Es ist ein Buch mit einer ganz neuen Art von Humor. Ja, ein — lustiges Buch, das fröhlich macht und das die Heiterkeit einer starken und von ihrem Triumph überzeugten Lebensauffassung in sich trägt.